Nr. 44 — Jahrgang 17 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Dienstag, den 24. Februar 1931

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 28. 2. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Für Demokratie, Brot und Freiheit!

Der Parteivorstand zur politischen und wirtschaftlichen Lage — Der Kampf geht weiter — Unsere Aufgabe in der Minderheitsfrage

Kattowitz. Nach geraumer Zeit traten in Kattowitz die Parteiinstanzen am gestrigen Sonntag zusammen, um zur politischen und wirtschaftlichen Lage Stellung zu nehmen. Der Parteivorstand war bis auf den Genossen Kuk vollzählig vertreten. Die Beratungen haben volle 10 Stunden gedauert, an der Diskussion nahmen alle Genossen Anteil. Das Ergebnis der Beratungen ist in den nachfolgenden Resolutionen niedergelegt:

Resolution

zur politischen und wirtschaftlichen Lage.

Die gegenwärtige Lage in Polen ist gekennzeichnet durch die

rücksichtslose Machtausübung von seiten des Sanacjaregimes

und durch die

völlige Ausschaltung des werktätigen Volkes

von jeglicher Mitbestimmung über die Geschicke des Staates. Der bei den letzten Parlamentswahlen von den Arbeiter- und Bauernorganisationen unternommene, großzügige Versuch, den Bestrebungen der Diktatur die demokratische Einheitsfront des werktätigen Volkes entgegenzusetzen, ist mißlungen. Mit dem ganzen Machtapparat des Staates, durch rücksichtslose Repressalien, wurde der

Kampf der demokratischen Parteien unterbunden.

wobei dem Regierungslager der erschreckend große Mangel an Verständnis des arbeitenden Volkes, für die eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen zu Hilfe kam. Die gegenwärtigen parlamentarischen Körperschaften in Polen sind, dank ihrer ausgesprochenen Regierungsmehrheit, nichts weiter, als eine

Kulisse für die Diktatur der Sanacja.

Selbst das Kritikrecht der zur Einflußlosigkeit verurteilten parlamentarischen Opposition, ist durch eine

drakonische Geschäftsführung

eingeschränkt und die

Ausübung der Kontrolle der Volksvertretung über das Finanzgebaren der Regierung illusorisch

geworden.

Das Sanacjasystem findet weiterhin seinen Ausdruck in der

Behinderung der Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung,

in den

Repressalien gegenüber den Organisationen und Funktionären der Arbeiterschaft,

in der fortdauernden

Knebelung der oppositionellen Presse.

in der Verfolgung jener Bürger, die ihre Ueberzeugung nicht verraten und sich dem herrschenden System nicht verschreiben wollen. Von der Mitbestimmung über die Geschicke des Landes ausgeschaltet, ist das arbeitende Volk Polens einer

fortschreitenden Verelendung und erhöhten Ausbeutung

preisgegeben. Die Wirtschaftskrise trägt Merkmale einer Krise der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation.

Trotz grauenhaften Umfanges des Arbeiterelends wird die

Unterstützungsaktion für die Notleidenden eingeschränkt

und die Krise wird dazu ausgenutzt, um das Lebensniveau der arbeitenden Klasse herabzudrücken. Dem

Bluff einer Preissenkungsaktion,

der die Regierung selbst eine

Verteuerung der Monopolartikel, die Erhöhung der Eisenbahntarife, Steigerung alter und Einführung neuer Steuern

veranlassen ließ — folgte der verschärfte Unternehmerangriff auf die Löhne und Gehälter. Augenblicklich beobachten wir eine

neue Aufwärtsbewegung der Preise.

während die Löhne und Gehälter bereits gekürzt wurden.

Die Rüstungen, ebenso wie der Ausbau der Polizeiherrschaft im Staate, bilden die stärksten

Hindernisse für eine Herabsetzung der Staatsausgaben,

Die erforderlichen Gelder versucht die Regierung, durch

drückende Auslandsanleihen

und Steuerdruck zu beschaffen. Dem drohenden

Budgetdefezit

aber sollen in erster Linie die Löhne und Gehälter der Beamten und staatlichen Arbeiter zum Opfer fallen. Schon hat der Sejm eine Reihe neuer Lasten auferlegt:

die Verteuerung der Zündhölzer, die 10 prozentige Erhöhung der Einkommensteuer von Löhnen und Gehältern — die Erhöhung der Emeritalbeiträge —

zeigen klar, auf wessen Schultern die Regierung die Kosten der Krise abzuwälzen gedenkt. Weitere neue Lasten der werktätigen Bevölkerung, insbesondere durch

Erhöhung der Wohnungsmiete,

stehen noch bevor.

Die Arbeiterklasse Polens muß in dieser Lage einen

schweren Abwehrkampf auf zwei Fronten

führen: Gegen die Vorstöße der kapitalistischen Reaktion und gegen das herrschende Regierungssystem, welches die Arbeiterklasse politisch entrechtet. Den

Kampf um Brot und Freiheit

kann die Arbeiterklasse, — da das Parlament als erfolgreiche Kampfesposition nicht in Betracht kommt, — nur durch

schärferes Vorgehen der Arbeiterorganisationen

ausfechten.

Der Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, muß demnach unsere vornehmste Aufgabe sein.

Unter diesen Verhältnissen richtet der Parteivorstand der D. S. A. P. an alle deutsche Werktätigen Polens den Appell, sich um die D. S. A. P. als die einzige politische Organisation der deutschen Werktätigen und um die Klassenkampfgewerkschaften zu scharen, um mit der Arbeiterklasse Polens ein besseres Morgen zu erkämpfen.

Resolution zur Minderheitenfrage

Das Minderheitenproblem in Polen harrt vergebens auf seine Lösung. Unter der Herrschaft der Sanacja hat sich das Verhältnis zwischen dem polnischen Mehrheitsvolk und den Minderheitenvölkern im polnischen Staate bedeutend verschlimmert.

Die Minderheitenpolitik der Sanacja ist weit davon entfernt, die berechtigten kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Minderheiten zu befriedigen, sondern ist darauf berechnet, die Minderheiten durch Schaffung regierungsfreundlicher Organisationen mit polonisatorischer Tendenz zu schwächen und dadurch ein Zusammenarbeiten mit den Minderheiten vorzutäuschen.

Diese Taktik wird gleichzeitig dazu benutzt, um diejenigen Minderheitenorganisationen, die sich nicht als Werkzeug der Sanacja gebrauchen lassen, als illoyal und staatsfeindlich zu stempeln und sie Repressalien aller Art auszusetzen.

Inzwischen aber bleiben die **lebenswichtigen kulturellen Belange der Minderheiten unbefriedigt.** Die deutsche Minderheit in Polen sieht ihr Schulwesen immer mehr zusammenschrumpfen und immer weiter der Polonisierung verfallen. Die D. S. A. P., die gerade in den Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache die einzige Möglichkeit

der Erhaltung der kulturellen Eigenart der werktätigen deutschen Massen sieht,

weist daher mit ganzem Nachdruck auf die Gefahr hin, die dem deutschen Volke dieser Schüler in Polen droht. Sie verlangt die rechtliche Sicherstellung des Schulwesens der deutschen Minderheit durch ein Schulgesetz, das der deutschen Minderheit im ganzen Lande den Unterricht der Kinder in der Muttersprache ermöglicht. Der erste Schritt zu einer solchen Lösung wurde bereits im vorigen Sejm getan,

indem von deutschen und polnischen Sozialisten gemeinsam ein Gesetzentwurf für das Minderheitenschulwesen eingebracht wurde.

Anknüpfend an diesen sichtbaren Erfolg der Verständigung zwischen den Organisationen des deutschen und polnischen werktätigen Volkes erklärt der Parteivorstand, daß die D. S. A. P. mit aller Entschiedenheit weiterhin

für die Gleichberechtigung und die kulturelle Entwicklungsfreiheit

der Deutschen in Polen kämpfen wird. Die D. S. A. P. ist sich dessen bewußt, daß sie dieses Ziel nur im Verein mit den polnischen Werktätigen erreichen kann und ist daher bereit, die **Zusammenarbeit** mit den polnischen Arbeiterorganisationen, wie bisher, zu fördern.

Gleichzeitig aber unterstreicht die D. S. A. P., daß die Wahrung der deutschen Kulturgüter eine gemeinsame Angelegenheit der ganzen deutschen Bevölkerung Polens ist.

Die D. S. A. P. ist daher bereit, auf kulturellem Gebiet mit allen Deutschen zusammenzuwirken, die gleich ihr den entschiedenen Kampf um die Minderheitenrechte und **um die Verständigung, der in Polen lebenden Nationen zu führen gewillt sind**

Vor neuen Aufgaben!

Der Ausgang der Wahlen hat alle politischen Parteien, die sich mit dem heutigen Regime nicht abfinden wollen, vor neue Aufgaben gestellt. Mit Ausnahme des Regierungslagers sind alle politischen Strömungen in Polen hart betroffen worden, ihre Organisationen sind teils zerstört, teils von der Vertretung ihrer Interessen im Parlament ausgeschlossen worden. Unter den Betroffenen befindet sich auch die D. S. A. P., die im Lodzer Bezirk beide Sejmmandate verloren hat. Naturgemäß machte sich in der Partei eine Strömung geltend, die von der Partei eine Erklärung, und wenn notwendig, eine Revision ihrer bisherigen Taktik forderte. Diesen Wünschen hat die Partei Rechnung getragen, und auf der gestrigen Sitzung des Parteivorstandes über die Gesamtlage Entschlüsse gefaßt, die zwar an sich nichts Neues besagen, aber von den Genossen und Genossinnen aber auch von den Sympathikern in Stadt und Land eine erhöhte Aktivität fordern, soweit dies heute unter dem herrschenden System möglich ist. Das Ergebnis der Beratungen ist in den nebenstehenden Entschließungen veröffentlicht, die Leitschnur unserer kommenden Parteiarbeit sein müssen. Ein ungeheurer Kampf steht uns bevor, der nach Lage der Dinge auf Jahre berechnet ist, da wir nach wie vor auf demokratischem Boden in der Kampfstellung verharren und den Sieg von der Erkenntnis der Massen über ihre heutige Lage erwarten. Aus diesem Grunde betonen wir den Boden der polnischen Republik als unser Kampffeld, auf diesem Kampffelde muß die Schlacht ausgetragen werden, die durch den Willen der Bevölkerung, die Befreiung von den heutigen Machthabern bringen muß. Die Verfassung ist die Grundlage, auf der sich in Zukunft unser Kampf abspielen wird. und da die heutigen Machthaber ihre parlamentarische Mehrheit restlos zur Verewigung ihrer Herrschaft ausnutzen, in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, daß auch bei ihnen bessere Einsicht über die Bedürfnisse des polnischen Volkes Einzug hält, so muß sich unser Kampf außerhalb des Parlaments vollziehen. Die bisherige Verfassung bietet genügende Mittel, dem Volke den Weg zu zeigen, den es gehen muß, wenn es das heutige Regime überwinden will.

Was bedeutet der Kampf außerhalb des Parlaments? Jedenfalls nicht die vieldeutige Auslegung, als wenn nun in Konventikeln oder, wie es in den Träumen von Polizeikonfidenten oft heißt, die wir in verschiedenen Prozessen beobachten konnten, Sturz der heutigen Macht mit irgendwelchen gewaltsamen Mitteln. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß die breiten Massen in Stadt und Land, ja, selbst in den Industriebezirken den Versprechungen der Liste 1 geglaubt und mit dazu beigetragen haben, daß ihr Sieg heute die völlige Ausschaltung der Opposition bedeutet. Der Parlamentarismus Polens ist zur Farce geworden und soll nach außenhin ein demokratisches Gepräge tragen. Mit Hilfe dieser „Sanacjademokratie" soll dem Ausland gezeigt werden, daß sich bei uns alles in geordneten Bahnen vollzieht. Aber die Kosten dieser Sanacjademokratie sollen die breiten Massen tragen, und deshalb gilt es, alle Mittel anzuwenden, um Aufklärung in diese indifferenten Reihen zu bringen, ihnen aufzuzeigen, daß das heutige Regime in Polen nichts anderes, als die Expositur der kapitalistischen Herrschaft ist. Zu keiner Zeit gab es in Polen ein so reaktionäres Streben, wie im Augenblick der Sanacjaherrschaft, die durch Aenderung der Verfassung verewigt werden soll.

Ueber den Sinn ihrer Verfassungsreform ist hier schon näheres gesagt worden. Diese Verfassungsreform bedeutet völlige Ausschaltung der Arbeiterklasse von der politischen Macht, und ist nebenher besonders gegen die nationalen Minderheiten gerichtet. Wir geben uns völlige Klarheit darüber, daß der Kampf, der jetzt beginnt. noch seinen letzten Ausdruck nicht gefunden hat. Das herrschende System befindet sich in der Sackgasse, einer Krise, die es nicht überwinden kann und, je größer die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, um so schärfer werden die Repressalien gegen alle diejenigen, die die Fehler dieses Systems aufweisen, sich mit ihnen politisch und polemisch auseinandersetzen. Die Opposition, der auch die D. S. A. P. angehört, wird mundtot gemacht und Grabesstille soll herrschen, damit die politischen Machthaber ihr Sanierungswerk durchführen können. Der polnische Faschismus will seine Herrschaft verankern, und er kann sich nur gegen die Werktätigen richten, als diejenigen, die alle Ursachen haben, mit diesem System unzufrieden zu sein. Der Auflösung der PPS.-Linken geht der Wunsch

voraus, zur Sprengung der Klassenkampfgewerkschaften und Errichtung von „regierungstreuen" Gewerkschaften, denen man nicht mehr Konzessionen machen muß, sondern einfach diktieren wird. Der Kampf vollzieht sich auf verschiedenen Fronten, und diese Fronten in ihrer vollen Gefahr zu erkennen, das ist Aufgabe der Arbeiterklasse.

Ohne wirtschaftliche Freiheit ist politischer Einfluß nicht möglich. Darum wird auch jetzt wieder in den Resolutionen mit allem Nachdruck unterstrichen, daß die Befreiung der polnischen Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter aller Nationen innerhalb des Territoriums der polnischen Republik sein kann. Die sozialistische Zusammenarbeit wird darum in den Resolutionen nochmals unterstrichen, und der Parteivorstand ist im Verlauf der Diskussion über unsere Aufgaben auch beauftragt worden, sofort die nötigen Schritte zu unternehmen, um eine Konferenz der sozialistischen Parteien einzuberufen, die in Polen ihre Wirksamkeit entfalten. Bedauert wurde, daß die politische Aktivität der sozialistischen Parteien in diesem Zusammenhang viel zu wünschen übrig läßt, aber es ist der Ausdruck des Wahlausgangs, der bei manchen noch nicht überwunden zu sein scheint. In der Resolution zur Minderheitsfrage ist auch weiterhin dargelegt, daß ebenfalls eine Zusammenarbeit mit der deutschen Bevölkerung anderer politischen Richtungen möglich ist, zur Wahrung und Erhaltung der nationalen und kulturellen Belange. Damit soll absolut kein Frontwechsel in unserer jetzigen Minderheitspolitik vollzogen, sondern nur die Notwendigkeit unterstrichen werden, alle Kräfte zu sammeln, die mit dazu beitragen sollen, dieses für die nationalen Volksteile Polens so wichtige Problem einer schnelleren Lösung entgegenzuführen. Das Streben des Regierungslagers, auch innerhalb der Minderheiten Sprengzellen zu setzen, kann nur durch die Geschlossenheit der Minderheitsangehörigen selbst überwunden werden und dies kommt in der Resolution des Parteivorstandes zum Ausdruck.

Die gekennzeichneten Aufgaben erfordern erhöhte Opfer aller Parteigenossen und Genossinnen in Stadt und Land. Tausende freier Gewerkschaftler, also Klassenkämpfer, stehen noch außerhalb der Reihen der politischen Partei. Ohne Partei vermögen auch die Gewerkschaften nicht ihre wirtschaftlichen Ziele der Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse durchzuführen. Nur gemeinsam ist dieses Ziel zu erreichen. An die Sympathiker und Gewerkschaftler ergeht daher der Ruf, mitzuhelfen, damit das deutsche Proletariat in der polnischen Republik der politische Faktor wird, der er sein muß, wenn er an der politischen Macht im Staate mitwirken will. Dieser Aufgabe muß in der nächsten Zeit unsere ganze Kraft gewidmet werden. —II.

Herabsetzung des polnischen Parzellierungskontingents

Warschau. Wie das Blatt der polnischen Regierung, die „Gazeta Polska", mitteilt, ist dem Sejm von der Regierung ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, nach dem ausnahmsweise für das Jahr 1931 das im Agrarreformgesetz vorgesehene Parzellierungskontingent für die Kreise Warschau, Petrikau, Lublin, Posen und Graudenz um insgesamt 30 000 Hektar herabgesetzt werden soll. Das Blatt begründet diese Maßnahme damit, daß die allgemeine Wirtschaftsdepression eine Verminderung der Nachfrage nach Land und ein Sinken der Bodenpreise zur Folge gehabt habe.

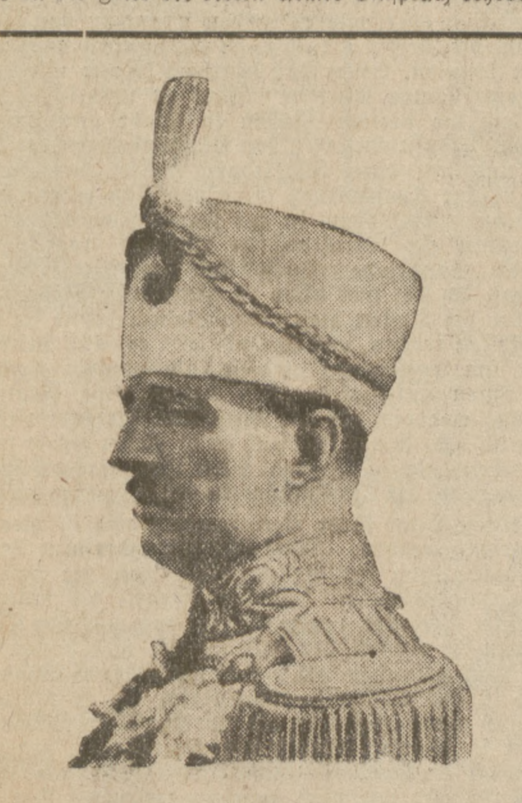
Ein Gerichtsverfahren gegen russische Sozialdemokraten

Moskau. Das Untersuchungsverfahren wegen der in der Sowjetunion aufgedeckten konterrevolutionären Organisation des Büros des Zentralkomitees der russischen Sozialdemokratischen Partei, bestehend aus den Menschewiken Gromann, Suchanoff, Scher u. a., ist beendet. Die Angelegenheit wird daher dieser Tage dem Obersten Gerichtshof der Sowjetunion überwiesen werden.

Französische Deserteure in Moskau eingetroffen

Moskau. Am Sonntag ist in Moskau eine Abordnung kommunistischer französischer Deserteure eingetroffen, die aus einem Soldaten der Pariser Garnison, zwei Matrosen der Seefestung Toulon und zwei Soldaten der Fremdenlegion besteht. Die kommunistischen Deserteure, die mit einem russischen Dampfer aus Frankreich nach Rußland geflüchtet sind, hielten in Moskau mehrere Reden, in denen sie den baldigen Sieg der proletarischen Revolution voraussagten.

Der französische Botschafter hat gegen die Beteiligung der Deserteure an der Feier der Roten Armee Einspruch erhoben.



Attentat auf den König von Albanien

König Achmed Zogu, der in Wien, wo er sich seit einigen Wochen zur Kur aufhält, wie durch ein Wunder einem Revolverattentat politischer Gegner entging. Das Attentat erfolgte beim Verlassen der Oper. Die Schüsse trafen zwei Begleiter des Königs, von denen der eine, Major Topola, auf der Stelle verschied.

Die Pariser Getreidekonferenz

Die ersten Arbeiten des Europaausschusses — Frankreichs Sorgen — Herabsetzung der Steuerlasten zugunsten der Industrie

Paris. Die erste der beiden vom Europa-Ausschuß organisierten Konferenzen über den Absatz des Getreideüberschusses der europäischen Agrarländer wird am Montag vormittag 11 Uhr im Außenministerium durch Briand eröffnet werden. Von den 27 dem Völkerbund angehörenden europäischen Staaten werden 24 an der Konferenz teilnehmen. Der Delegierte Deutschlands ist der frühere Reichsernährungsminister Dr. Hermes. Das Internationale Landwirtschaftliche Institut in Rom wird seinen Direktor de Michaelis zu der Konferenz entsenden. Die meisten der am Getreideexport interessierten Regierungen haben bereits genaue Angaben über die in ihren Ländern verfügbaren Getreideüberschüsse gemacht.

Französischer Kabinettsrat über Getreidekonferenz und Arbeitslosigkeit

Paris. In einem Kabinettsrat, der heute nachmittag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Laval stattfand, wurden die Anweisungen beschlossen, die der französischen Delegation für die von dem Europa-Ausschuß nach Paris einberufenen Konferenzen über die Frage des Getreideabsatzes erteilt werden sollen. Außerdem hat sich der Kabinettsrat mit der Frage der Arbeitslosigkeit, besonders im französischen Kohlenbergbau, beschäftigt.

Rollin über die französische Zollpolitik

Paris. Im Laufe der Kammerdebatte über das Budget des Handelsministeriums erklärte Handelsminister Rollin, er könne der Kammer die Versicherung geben, daß Frankreich nicht eine Politik der Konsolidierung der bestehenden Zollabkommen befolgt. Im Gegenteil sei Frankreich bestrebt, sich von diesen Zollabkommen frei zu machen. Die wirtschaftliche Lage nach dem Kriege, die sehr verschieden von der vor dem Kriege sei, verlange neue Formeln und neue Lösungen. Vor allem müsse Frankreich seine Zollsätze für den Warenaustausch mit Deutschland und mit der Tschechoslowakei neu regeln. Frankreich müsse alle Produktionsmöglichkeiten der landwirtschaftlichen und industriellen französischen Arbeit verteidigen. Es sei ratsam, sich in der Richtung auf Abkommen zwischen größeren Staatengruppen zu orientieren. Die Völker Europas müßten Ordnung in die augenblickliche wirtschaftliche Unordnung bringen, um den Gesamtbedürfnissen durch eine rationale Organisation der Produktion Rechnung zu tragen.

Der Handelsminister sprach sich auch für die Herabsetzung der Steuerlasten aus, die zu stark auf Industrie und Handel drücken.



Mißglückter Putsch in Peru

Gegen den Präsidenten von Peru, Oberst Cerro (im Ausschnitt), wurde überraschend ein Putsch versucht. Bewaffnete Zivilisten und meuternde Soldaten versuchten, in das Präsidentenpalais in Lima einzudringen. Die Wache konnte jedoch den Angriff zurückschlagen, die Tore schließen und den Palast verteidigen, bis Hilfstruppen eintrafen. — Die letzte Revolution in Peru, durch die Oberst Cerro ans Staatsruder kam, wurde auf genau die gleiche Weise eingeleitet: wie unser Bild zeigt, stürmte auch damals die Menge das Präsidentenpalais.

Die revolutionäre Gärung in Südamerika

Wieder Aufstand in Peru — Blutige Kämpfe in Havanna

Neuyork. Nach Meldungen aus Buenos Aires ist die revolutionäre Bewegung in den Südstaaten Perus erneut ausgebrochen. Mehrere Garnisonen sind bereits zu den Revolutionären übergegangen. Auf der Seite der Aufständischen befindet sich auch die Garnison Arequipa, die die August-Revolution in Bewegung gebracht hat und die nunmehr wegen angeblich unerfüllter Versprechungen gegen die neue Regierung revoltiert. Ein großer Teil der Flotte scheint den Aufstand zu unterstützen.

Blutige Zusammenstöße in Havanna

Neuyork. Wie aus Havanna gemeldet wird, kam es dort zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und Mitgliedern einer revolutionären Arbeiterorganisation. Die Polizei versuchte eine verbotene Arbeiterversammlung zu sprengen. Dabei wurden in einem heftigen Kampf 50 Arbeiter getötet und 10 Polizisten schwer verletzt. Nur mit Mühe konnte die Polizei das Feld behaupten und schließlich eine Reihe von Verhaftungen vornehmen.

Die Kämpfe bei El Tule (Nicaragua)

Neuyork. Nach einer Meldung aus Mexiko hat Dr. Zapeda, Vertreter Sandinos, des Führers der Aufständischen von Nicaragua, erklärt, die Regierungstruppen hätten in der vergangenen Woche bei den Kämpfen in der Gegend von El Tule 40 Tote und Verletzte verloren, darunter drei amerikanische Marinefüsiliere. Auf Seiten der Aufständischen seien 7 Mann getötet und 17 verletzt worden.

Die Untersuchung des Anschlages auf König Zogu

27 Verhaftungen.

Wien. Wie verlautet, befinden sich im Zusammenhang auf den Anschlag auf König Zogu 27 Personen in Polizeihaft. Diese Verhafteten werden aus Oesterreich abgeschoben werden, da die polizeiliche Untersuchung ergeben hat, daß sie sich in Oesterreich politisch betätigt haben, was ihnen als Ausländern nicht gestattet ist. Die Polizei wird auch gegen die restlichen in Wien lebenden Albaner, etwa 100 an der Zahl, eine Untersuchung durchführen. Sollte sich ergeben, daß einige von ihnen sich politisch betätigen, will die Polizei auch gegen diese mit der Ausweisung vorgehen.

Das Urteil gegen Fude bestätigt

Warschau. Am Sonnabend fand vor dem Berufungsgericht in Thorn die Verhandlung gegen den deutschen Landwirt Bruno Fude statt, der am 24. Oktober 1930 im Zusammenhang mit dem Grenzzwischenfall bei Neuhöfen wegen angeblicher Spionage zugunsten Deutschlands zu 11 Jahren schweren Kerkers und zu 50 000 Zloty Geldstrafe verurteilt worden war. Das Berufungsgericht hat nach einer kurzen Verhandlung hinter geschlossenen Türen das Urteil der ersten Instanz in vollem Umfange bestätigt.

Verurteilung eines deutschen Redakteurs in Posen

Posen. Vor dem Posener Landesgericht als Berufungsinstanz stand Sonnabend der verantwortlich zeichnende Redakteur des „Posener Tageblatt", Alexander Jursch, der wegen eines Leitartikels „Zum Nachdenken" angeklagt war. In dem Artikel, der die Notwendigkeit unterstrich, befriedigend auf die deutsch-polnischen Beziehungen einzuwirken, erblickte der Staatsanwalt Aufreizung zu Gewalttätigkeiten. In der ersten Instanz war Jursch zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. In der Sonnabend-Verhandlung wurde dieses Urteil bestätigt.



Neuland am Südpol entdeckt

hat der norwegische Flieger Riiser Larsen, der Führer der Norwegischen Südpolexpedition. Vom Flugzeuge aus sichtete er unbekanntes Land, trug es in die Karte ein und warf die norwegische Flagge und ein Dokument über die Besitzergreifung zugunsten Norwegens ab.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei zur Minderheitsfrage und Faschismus

Fortsetzung der Rede des Genossen Glücksmann — Sozialisten und Grenzrevisionsfragen — Internationale Instanzen und revisionistische Tendenzen — Physische Gewalt und Minderheitsfragen — Vormarsch des Faschismus — Mussolinis Exportware — Verhandlungen hinter den Kulissen — Verfassungsänderungen in Polen und die Schlesische Autonomie — Die Riesengehälter in der Schwerindustrie — Progressiver Abbau der hohen Gehälter — Die Selbstverwaltung in den Sozialinstitutionen — Behandlung der Kriegsopfer — Zwei Bedingungen der D. S. A. P.

Wir bringen heute den zweiten Teil der Sejmrede des Genossen Glücksmann. Die Probleme, die dort angeschnitten und behandelt wurden, sind für uns alle von allergrößter Bedeutung.

Das ist das Tagesbuch und das Leben des schlesischen Volkes.

Es berührt angenehm, wenn ein Politiker, genau so wie der Arzt die Hand am Puls des Lebens hält, das tägliche Leben und die Leiden des Volkes beobachtet und im geeigneten Moment das alles sagt. So soll es sein, wenn wir vorwärts streben wollen, und wir Sozialisten können nicht zurückbleiben, sondern müssen mit dem Leben fortschreiten.

Besonders interessant sind die Ausführungen des Genossen Glücksmann über die Minderheitsfrage gewesen.

Die ganze Minderheitsfrage gehört zu den heikelsten Problemen

bei uns, und sie ist es, die wie eine Bleikugel das politische Leben bei uns belastet. Sie hängt uns an beiden Beinen und erschwert das Vorwärtskommen, und das umsomehr, als die Zahl der nationalen Fanatiker bei uns groß ist, die den Vernunftsargumenten unzugänglich sind. Die Sozialisten bilden die einzigste neutrale Gruppe in dem nationalen Kampfe und sie sind auch dazu berufen, der Vernunft Geltung zu verschaffen. Das hat Genosse Glücksmann in seiner großangelegten Budgetrede ausgezeichnet besorgt und die Wege gewiesen, wie diese Frage zu behandeln sei. An Zwischenrufen hat es während seiner Rede nur so geregnet, besonders von seiten der Sanacja, die den kämpfenden Nationalismus vertritt, aber die Zwischenrufer sind einem „ganzen Kerl“ begegnet, der ihnen die Antwort nicht schuldig blieb.

Besonders wertvoll für die Sozialisten, und hauptsächlich für die D. S. A. P., war jener Teil der Rede, der sich auf die Grenzrevision bezogen hat. Die heutigen Grenzen sind nicht ideal, das wissen wir alle, aber der Grenzstreit wird so lange andauern, so lange das heutige kapitalistische Wirtschaftssystem bestehen bleibt. Eine

Grenzverschiebung bedeutet heute den Krieg

und wir Sozialisten lehnen den Krieg entschieden ab. So urteilen deutsche Sozialisten und so handeln sie auch. Wir streben ein sozialistisches Paneuropa an, sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht, und das wird den Grenzstreit von allein beseitigen. So lange aber unsere Ziele noch in der Theorie schweben, müssen wir entschieden darauf darauf bestehen, daß diese Streitfragen durch internationale Instanzen geschlichtet werden.

Wir lassen hier die Rede des Genossen Glücksmann folgen:

Die Minderheitsfrage

In der Minderheitsfrage haben wir die Erklärung des Herrn Wojewoden gehört, die als eine

Sensation

betrachtet werden kann. Die Ergänzung der Erklärung durch Herrn Witczak ist nicht minder sensationell. (Witczak: Niemals.) Sie wirkte sensationell, aber ich kann nicht sagen, ob das beabsichtigt war. Ich bitte, die

Bedeutung der Deklaration nicht zu vermindern

denn das ist eine sehr wichtige Deklaration. Schon in der vorherigen Budgetrede habe ich auf die Bedeutung dieser Frage hingewiesen. Man kann die Deutschen hassen und die Assimilierung fördern, aber man muß ein Programm haben.

Mit physischer Kraft kann man nationale Fragen nicht lösen.

Wir heben mit Genugtuung hervor, daß die Deklaration vorgebracht wurde. Leider muß ich dasselbe wiederholen, was vorgestern ein deutsches Blatt dazu geschrieben hat:

„Ich hör die Mär, allein mir fehlt der Glaube“.

(Witczak: Sie zitieren falsch.) — Die Deklaration hat jedenfalls eine große Bedeutung und sie bedeutet einen Schritt nach vorwärts. Wenn Herr Kapuscinski die Deklaration gekürzt wiedergibt, so ist das direkt kolossal für die schlesischen Verhältnisse.

Dieser Deklaration müssen Taten folgen.

Ich will mich in die Prüfung der Sache, wer dieses heutige Verhältnis verschuldet hat, nicht einlassen, denn weder auf der einen, noch auf der anderen Seite, fehlten heiße Staatsvetter. Weder hier, noch dort, fehlen solche, die zum Kampfe jederzeit bereit sind. Ich bitte die Herren, und das hat der Herr Abgeordnete Pant gesagt, mit dem ich sehr selten übereinstimme, der auch im Kampfe mit uns niemals mild war, wie er das hier vom Sejm verlangte — aber solange wir mit den Argumenten und nicht mit der Faust kämpfen, so kann das nicht schaden — daß mit physischer Kraft hier nichts auszurichten sei. Er hat gesagt:

Wollt ihr das Kind haben, so nehmt es,

aber nicht mit physischer Kraft, sondern mit Hilfe der Ueberzeugung. Doch bin ich der Ansicht, daß (zur Sanacja gewendet) von Eurer Seite dies eine Nachgibigkeit, eine so große Konzession ist, daß sie auf irgend welche Art kompensiert werden muß, aber nicht so, wie das der Herr Kapuscinski haben wollte, denn das würde zum Ziel nicht führen.

Entweder, man ladet die nationale Minderheit zur Mitarbeit ein,

oder man sagt, daß ganz Deutschland nach Vergeltung keucht und Rache brütet. Das ist eine

Ungerechtigkeit, nicht nur gegen die Sozialisten, aber selbst dem Zentrum gegenüber.

(Stimmen von den Sanacjabänken. Abg. Kapuscinski ruft: Ich habe ihren Kollegen Hörsing gekannt.) Glücksmann: Hörsing gehört zu der Vergangenheit. In manchen bürgerlichen Parteien konzentriert sehr oft eine Person die ganze politische Schöpfung der Partei, aber bei uns Sozialisten ist das nicht der Fall. Hörsing ist eine Person, über welche die Geschichte zur Tagesordnung übergehen kann und selbst die Partei auch. Schließlich

ist es bei den Sozialisten üblich, daß die Führer kritisiert werden.

Sie dürfen das nicht tun und daher laden sie ihr ganzes Temperament gegen uns aus. (Zuruf von Sanacjabänken: Leere Worte.) Glücksmann: „Leere Worte“ und „Demagogen“ das ist ihr ständiges Inventar. Stellt sich ein Herr Witczak oder ein anderer Herr von euch auf die Tribüne, so wissen wir gleich, was er sagen wird.

Jetzt, aber zur Sache.

Ein schlechter Dienst wird uns selbst erwiesen, wenn behauptet wird, daß ganz Deutschland Rache und Vergeltung brütet.

(Witczak: Das ist eine autoritative Erklärung des Ministers Curtius. Zurufe.) Ich habe eine

Loyalitätsdeklaration im Sejm

niemals vorgebracht, dafür habe ich eine andere Deklaration abgegeben, die ich heute wiederhole:

In die Prüfung der Grenzfragen lassen wir uns nicht ein. Wir betrachten diese Sache als grundsätzlich schädlich, da wir der Meinung sind, daß in dem kapitalistischen System eine Grenzrevision ohne Krieg nicht Platz greifen kann und für uns ist dieser Preis viel zu hoch.

Es ist völlig gleichgültig, ob bei uns revisionistische Tendenzen vorhanden sind oder nicht. (Witczak: Wo bei uns?)

Revisionistische Tendenzen fehlen auch in Polen nicht.

Wir betrachten den Teil der Rede des Herrn Wojewoden, in dem er als Ursache der Verschärfung der Verhältnisse die revisionischen Tendenzen bezeichnete, direkt für fatal. Auf Grund der Gesetzeskenntnisse habe ich das Gefühl, daß

revisionistische Tendenzen ein internationales Problem

bilden und falls mein Gedächtnis nicht trügt, so wurde zur

Schlichtung dieser Probleme der Völkerbund

geschaffen. So scheint es mir. Ich kann mich auch irren.

Sind revisionistische Tendenzen vorhanden, so haben wir dafür Staatsorgane, haben das Außenministerium und haben das Tribunal des Völkerbundes.

Gehen wir mit diesen Dingen dorthin, wo sie hingehören. (Unterbrechungen.) Haben sie kein Vertrauen zum Völkerbund? Alles muß an geeigneter Stelle und zur richtigen Zeit von kompetenten Organen erledigt werden. (Witczak: Nehmen Sie zur Kenntnis, daß die polnischen Staatsgrenzen keiner internationalen Instanz unterliegen.) Glücksmann: Das bestreite ich nicht (Unterbrechung), aber wenn Revisionstendenzen bestehen und man sie, schließlich mit Recht als beunruhigend betrachtet, so muß man damit vor das zuständige Tribunal gehen. (Witczak: Solche Instanz besteht nicht!) Glücksmann: Mich werden sie nicht überzeugen daß durch die Ungültigerklärung einer deutschen bürgerlichen Liste (Unterbrechungen) und wennn an die deutschen Wähler Briefe geschrieben wurden, daß, wenn sie nicht für uns stimmen werden, ihn dies und jenes geschieht. (Zurufe von den Sanacjabänken: Die einzige Instanz, das ist die Armee und das polnische Volk), daß auf solche Art der Staatsgeist geweckt werden kann. (Kapuscinski: In ganz Polen geschah dasselbe!) Glücksmann: gerade da, ohne daß ich geahnt habe, wurde mir eine Unterstützung von der Regierungspartei zuteil. (Heiterheit.) Man muß gerecht sein und soll zugeben daß, alles, was hier mit der deutschen nationalen Minderheit geschehen ist, angesichts Brest-Litowsk und der Strafexpedition in Ost-Galizien, kleine Vorkommnisse waren. Der Herr Wojewode hat erklärt, daß auf Seiten der polnischen Mehrheit mehr Terroropfer zu beklagen waren, als auf Seiten der nationalen Minderheit. Diese Behauptung ist richtig, aber sie ist beschämend.

Als Vertreter der Sozialisten muß ich erklären, daß ich gewünscht hätte wennn solche Opfer weder auf Seiten der polnischen Minderheit noch auf den Seiten der deutschen Minderheit vorgekommen wäre.

Vormarsch des Faschismus

Die Ursachen liegen tiefer. Seit der letzten Sejmsitzung sind zwei Monate verflossen. In der Zwischenzeit wurde

hinter den Kulissen

verhandelt. Ich erkläre hier, daß wir Sozialisten an den Beratungen hinter den Kulissen nicht teilgenommen haben. Wir werden niemals zustimmen, daß der Kampf für die Demokratie oder Diktatur, Freiheit, bezw. Unfreiheit in

bare Münze umgewandelt

wird. (Kapuscinski: Hier ist kein Gebiet des Kampfes für Demokratie bezw. Diktatur.) Glücksmann: Schade, daß sie nicht gehört haben, als hier Witczak erklärt, allerdings etwas vorsichtig, daß, wenn es in Warschau zu der Verfassungsreform kommen wird, diese Reform auch einen

Reflex nach Schlesien

werfen müsse. Ich wollte nur sagen, daß alle diese Dinge viel tiefer liegen, und diese Probleme sollten in Schlesien nicht eingeengt werden. Ich stimme dem Herrn Wojewoden zu, wenn er sagt, daß wir uns im Schlesischen Sejm nur mit

schlesischen Problemen

befassen sollen. In dem zweiten Sejm habe ich eine anderslautende Erklärung abgegeben, aber ich habe diese meine Stellung geändert, denn solange in Warschau ein Sejm und Senat bestehen, möge die Opposition dort die Schwierigkeiten bekämpfen und wir werden hier unsere Sachen erledigen. (Dombrowski: Darum handelt sichs eben.) Glücksmann:

Das bedeutet aber nicht, daß wir alles nur vom schlesischen Gehöft beurteilen sollen.

(Witczak: Schlesien für die Schlesier!) Glücksmann: Gegenwärtig dreht sich die Sache nicht mehr um den Kampf mit den Kapitalisten als solchen, sondern mehr noch, denn hier wird darum gekämpft, ob

Demokratie oder Diktatur

herrschen soll. Das ist keine spezifische polnische Erscheinung. Dieser Wind weht von der südlichen Richtung Europas, von der rechten Seite, und im Osten Europas, sehen wir wieder die andere Seite der Medaille. Mussolini hat zwar gewarnt und sagte, daß der Faschismus keine Exportware sei, aber es ist auffallend, daß er in Polen

willige Abnehmer

findet und selbst in diesem hohen Hause wurde Mussolini glorifiziert.

Es ist gleichgültig, ob wir den heutigen Zustand in Polen Faschismus, bezw. Diktatur nennen werden, Tatsache ist nur, daß gegenwärtig die Demokratie abgesetzt wurde.

(Zuruf: Wo? In Polen?) **Herr Miedzinski hat erklärt, daß das Gesetz vor den Lebensbedürfnissen zurücktreten muß und daher hängt das Gesetz in der Luft.** (Kapuscinski: Miedzinski bildet kein Polen.) Glücksmann: Es kam dazu, daß mich ein bekannter Rechtsgelehrter fragte, ob ich übersetzen kann: „Cuins regio eius religio“. (Witczak: Ja, sicher!) Ich sagte auch ja. Darauf hat er geantwortet: **„Jede Regierung hat ihr Gericht.“** Damit will ich nicht sagen, daß es in der Wojewodschaft soweit ist, aber solche Tendenzen haben sich auch schon hier bemerkbar gemacht. In Polen steht das ganze Leben hinter dem normalen Gleis und wir sind uns dessen bewußt, daß der Demokratismus fallen gelassen wurde.

Wir befinden uns auf dem Gleise der Diktatur, vielleicht des Faschismus.

Die Verwirklichung liegt nicht mehr fern. Meine Herren! Solange Polen Polen ist, hat es eine solche Regierung noch nicht gegeben, die so kraß und konsequent zu Organ der besitzenden Klassen werden wollte, wie die gegenwärtige.

Keine bisherige bürgerliche, bezw. halbbürgerliche Regierung hat so konsequent die kapitalistischen Interessen vertreten, wie die Regierung der Sanacja. (Zuruf: Dort sitzt die Schlachta und die Rechte.) **Deshalb wundert uns auch nicht, daß die bürgerlichen Parteien mit euch** (Sanacja) **zusammenarbeiten wollen.** (Witczak: Wir sind keine Klassenpartei.) Glücksmann: **Das behaupten sie, aber der Geist, der euch belebt, ist ein Klassengeist.** (Witczak: Sie werden uns in Sorge um die Arbeiterklasse nicht überholen.) Glücksmann: **Nemos jude in re sax (Niemand soll Richter in seiner Sache sein.) Ihr spielt diese Rolle in Polen. Herr Zulawski hat im Warschauer Sejm mit Recht gesagt, daß die Sanacja in Polen immer stärker wird, dafür wird aber der Staat immer schwächer.**

Deshalb, meine Herren, und gerade trotzalledem, haben wir Sozialisten die Pflicht, uns zu allen Budgetposten **sachlich zu stellen,** die im Zusammenhange mit den Bedürfnissen des Staates stehen, hauptsächlich aber der Arbeiterschaft und insbesondere mit der **Arbeitslosenfrage.** Nebstdem möchte ich noch die Frage, die ich an den Herrn Wojewoden gestellt habe, und erwarte, daß er dazu das Wort ergreifen wird, ein wenig erweitern. Wir haben bei den Novemberwahlen viel verloren und wir sind uns dessen bewußt, daß

andere mit diesen Stimmen gewählt

wurden, die den Sozialisten gehörten. (Zuruf: Warum?) Weil einmal hier 7 polnische Sozialisten gesessen haben.

Die Direktorengehälter

Das Bewußtsein der Verantwortung, in bezug auf die wirtschaftliche Krise ist bereits bei der Sanacja und der Chadecja sichtbar. Ich war daher erstaunt, daß Herr Chmielewski bei den

sozialen Leistungen den Anfang

machen wollte. Ich bin mir im Klaren, daß die Lage der Industrie schwer ist, aber warum sollen wir davon anfangen? Die „Polska Zachodnia“ schrieb von den

Riesengehältern der Direktoren

und darüber schrieb auch Herr Chmielewski in einem Artikel, allerdings etwas vorsichtiger, als die „Polska Zachodnia“. (Zwischenrufe.) Wenn wir in diesem Maße übereinstimmen, so ist nach meiner Meinung diese Plattform ziemlich breit. Niemand bekämpft die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Riesengehälter, mit Ausnahme des Herrn Abg. Dr. Pant. (Dr. Pant: Entschuldigen Sie, das trifft nicht zu.) Glücksmann: Sie sagten, daß sie das grundsätzlich als Kontrolle der individuellen Einnahmen bekämpfen. Heute werden allgemein die Einkünfte reduziert und die Herrn im Chadecjaklub haben erklärt, daß sie mit der

Herabsetzung der Diäten

der Sejmabgeordneten einverstanden sind, welche Erklärung überhaupt nicht notwendig war, weil die Kürzung automatisch Platz greifen wird. (Protest im Chadecjaklub.) Im Zusammenhange damit muß ich sagen, daß die

Beschneidung der Abgeordnetendiäten ein antiparlamentarisches Manöver

ist. Sie mußten gerade bei den Abgeordnetendiäten anfangen, als wenn niemand da wäre, der viel höhere Bezüge, als die Abgeordneten hat. (Zuruf im Sanacjaklub: Aber man kann die Diäten kürzen.) Man soll die lächerliche Demonstration fallen lassen. Meine Herren! Man soll der Lächerlichkeit ausweichen. Ich bin dafür, daß die Einkünfte gekürzt werden müssen, hat man aber bei der Diäten den Anfang gemacht, so sei es gesagt, daß das dem Staatsschatz und auch dem schlesischen Staatsschatz

keine Mehreinnahmen

verschaffen wird. Man muß auch konsequent vorgehen und den Staatsfunktionären, den Beamten in den Staatsunternehmungen,

Polnisch-Schlesien

Zwei interessante Prozesse

Zwei Matki-Polki standen sich im Berufungsverfahren vor dem Kattowitzer Gericht gegenüber. Es klagte die Jadwiga Chmielowa aus Josefsdorf, die den „Matki Polki" Korfantyrichtung angehört, gegen die Vorsitzende Marie Drzysga vom Verein „Matki Polki" Sanacjarichtung und den Ehemann, den ehemaligen Präses der Ortsgruppe der schlesischen Aufständischen, Leopold Drzysga, wegen schwerer Beleidigung. Die Eheleute sollen die Jadwiga Chmielowa „Hure" bezeichnet und ihr nachgesagt haben, daß sie Mutter zweier unehelicher Kinder sei. In erster Instanz erhielten Leopold und Marie Drzyzga wegen schwerer Beleidigung eine Geldstrafe, doch legten sie gegen das Urteil Berufung ein. Nach Vernehmung von Zeugen wurde in zweiter Instanz festgestellt, daß die beleidigenden Worte eigentlich nur Leopold Drzysga äußerte, während seine Ehefrau angeblich bei diesen Aeußerungen mehrfach bestätigend mit dem Kopf nickte. Das Gericht bestätigte daher nur das Urteil gegen Leopold Drzysga. Dagegen kam die Marie Drzyzga nach Aufhebung des Urteils erster Instanz frei, da das Kopfnicken nicht als eigentliche Beleidigung der Klägerin angesehen werden konnte.

Im Berufungsverfahren wurde auch gegen die „Polonia" verhandelt. Der verantwortliche Redakteur erhielt in erster Instanz wegen Beleidigung des Seminarleiters Syska aus Tarnowitz eine Geldstrafe von 600 Zloty. Außerdem ist ihm eine Geldbuße von 1000 Zloty auferlegt worden. Die „Polonia" behauptete damals, daß Syska als Kandidat auf der Sanacjaliste figuriere, gleichwohl aber in Sanacjakreisen als Kandidat abgelehnt worden sei. Lediglich darum, weil man den Boykott der Lehrer-Vereinigung „Ognisko" fürchtete, und zwar für den Fall, daß man ihren „Trabanten" zur Seite schieben würde, habe man sich schließlich mit der Kandidatur doch einverstanden erklärt. Die „Polonia" bezeichnete dann noch den Syska als „großen" Professor mit kleinen Kenntnissen, welcher nach Oberschlesien eingewandert sei und hier eine nie geahnte Karriere gemacht hätte. In zweiter Instanz wurde das Urteil bestätigt, dagegen die Geldbuße in Höhe von 1000 Zloty aufgehoben. Y.

Vor neuen Arbeiterreduzierungen in der Schwerindustrie

Nach Pressemeldung wird angeblich die Hugohütte, welche 700 Arbeiter beschäftigt, nicht zum 1. April geschlossen, weil die Arbeiter freiwillig einer Lohnreduzierung von 15 Prozent zugestimmt haben. Am 27. d. Mts. findet wieder eine große Konferenz bei dem Demobilmachungskommissar statt, in welcher zahlreiche Anträge wegen Arbeiterreduzierung zur Erledigung gelangen werden. Folgende Gruben wollen größere Arbeiterreduzierungen durchführen: Litandragrube, Alexandergrube, Ferdinandgrube, Myslowitzgrube, Prinzengrube, Wolfganggrube, Graf Franzgrube, Wawelgrube, und die Hüttenwerke: Donnersmarckhütte und Bismarckhütte. Die Arbeiteraussperrung auf den Schoppinitzer Zinkhütten wurde auf Intervention der Wojewodschaftsbehörden zurückgezogen. Bekanntlich haben die Harriman-Zinkhütten die Arbeiterlöhne um 15—20 Prozent abbauen wollen und legten den Arbeitern entsprechende Erklärungen zur Unterschrift vor. Als die Arbeiter das Ansinnen abgelehnt haben, wurden die Betriebe gesperrt und die Arbeiter entlassen. Eine Arbeiterdelegation intervenierte bei der Wojewodschaft und die Sperre wurde aufgehoben.

Das neue Budget des Kattowitzer Kreisausschusses

Auf der letzten Sitzung des Kreisausschusses für den Landkreis Kattowitz wurde das neue Budget für das Geschäftsjahr 1931-32, das in Einnahmen und Ausgaben die Summe von 3 440 528 Zloty aufweist, angenommen und bestätigt. Es entfallen auf den ordentlichen Etat 1 637 500 und den außerordentlichen 1 803 028 Zloty. Y.

Sonn- und Feiertagsarbeit im Friseurgewerbe

Im Amtsblatt des schlesischen Wojewodschaftsamtes wird eine neue Verfügung veröffentlicht, wonach, auf Grund des Paragraph 105 e der Gewerbeordnung, die Friseur- und Perückenmachergeschäfte an jedem zweiten Doppel-Feiertag, mit Ausnahme des Ostermontags, sowie an den letzten 3 Sonntagen vor Aschermittwoch in der Zeit, von 8—12 Uhr vormittags, für das Publikum offengehalten werden können.

Weiterhin können Friseur- und Perückenmachergeschäfte an solchen Sonn- und Feiertagen offengehalten werden, an welchen in besonderen Fällen anderen Geschäften die Genehmigung zur Offenhaltung erteilt ist.

Am Neujahrstag, am 3. Mai-Feiertag, sowie an allen anderen Sonn- und Feiertagen, müssen die Friseurgeschäfte geschlossen bleiben.

Diese Verordnung, die am 1. Februar d. Js., innerhalb der Wojewodschaft Schlesien, Rechtskraft erlangte, gilt gleichfalls für Friseurgeschäfte in Bahnhöfen, in Hotels und bei der Zentralviehmarktstelle in Myslowitz, welche nach den bisherigen Verordnungen offengehalten wurden.

In diesem Zusammenhang wurde die Verordnung des schlesischen Wojewodschaftsamt vom 28. März 1929 und die Verordnung des Regierungspräsidenten in Oppeln vom 21. März 1895 (Nr. 520 Amtsblatt Nr. 24), betr. Sonn- und Feiertagsarbeit im Friseur- und Perückenmachergeschäften, aufgehoben. y.

Einwohnerziffer in der Wojewodschaft

Innerhalb der Wojewodschaft Schlesien wurden im Vormonat insgesamt 1 348 932 Einwohner geführt. Unter diesen befanden sich 667 244 männliche und 681 688 weibliche Personen. Die meisten Einwohner wurden im Landkreis Kattowitz und Schwientochlowitz geführt. Im gleichen Monat betrug der Zugang 9407 und der Abgang 7946 Personen. Demnach war ein eigentlicher Zugang von 1461 Einwohnern zu verzeichnen. y.

Kattowitz und Umgebung

Gemeindevertretersitzung in Hohenlohehütte.

In letzter Woche fand eine Sitzung der Gemeindevertreter statt. Nach Verlesen verschiedener Petitionen durch den Gemeindevorsteher und Regelung des Verkaufes von Bauplätzen gelangte das Budget zur Debatte. Obwohl an dem Sparsamkeitssystem festgehalten wurde, mußte doch das Budget erhöht werden und es schließt die Einnahme und Ausgabe mit 428 000 Zloty ab. Das Vermögen der Gemeinde erfährt durch den Bau von 29 Wohnungen, eine Erhöhung. Die 29 Wohnungen können voraussichtlich vom 1. 7. cr. bezogen werden. Zur Abstimmung kam nun die Festsetzung der Miete für die Suppenküche, welche sich im Gebäude der Kirchengemeinde Josefsdorf befindet. Der Vorstand der Kirchengemeinde verlangt für Raum mit Luft monatlich 55 Zloty, während die dafür zuständige Kommission 35 Zloty als genügend erachtet. Die Abstimmung entschied für 35 Zloty. Auch wären noch einige Zahlen der Ausgaben zu erwähnen. So gibt die Gemeinde für die Fortbildungsschule den Betrag von 21 000 Zloty (von dieser Summe sollen von der Wojewodschaft 50 Prozent erstattet werden), für die Milchküche 2000 Zloty, für die Ortsarmen 23 000 Zloty, (140 Ortsarme), für die Arbeitslosen 32 000 Zloty und für die Volksküche 4200 Zloty aus. Zur Erweiterung der Agnesstraße, ist Gelände von der Skarboferme angekauft worden, wofür 197 000 Zloty nachträglich bewilligt wurden.

Einen reichlichen Wortwechsel ergab die Errichtung einer Apotheke, welche von gewissen Gemeindevertretern als eine dringende Notwendigkeit betrachtet wird. Der Antrag gelangte mit einer Stimmenmehrheit von 7 : 6 zur Annahme.

Der Vorsitzende gab weiter bekannt, daß er namens der Gemeinde bei der Wojewodschaft wegen einer Beihilfe für die Kanalisationsarbeiten der Arbeiterkolonie sich beworben habe, welche jedoch abgelehnt worden ist. Durch die Ablehnung wird er wohl gezwungen sein, die Einwohner der Kolonie zur Tragung der Kosten mit heranzuziehen. Nach der Wahl der Schulkommission wurde über Benennung der Straßen in der Arbeiterkolonie gestritten. Nur durch vorgenommene Abstimmung konnte der Streitigkeit ein Ende bereitet werden. Nachdem noch über Kirchensteuer, Arbeitslosenunterstützung, Straßenreinigung und Volksküche in sehr breiter jedoch wenig bindender Form, die oft vom eigentlichen Kern der Sache sehr abwich, debattiert wurde, stellte Schöffe Sz. zur Geschäftsordnung die Frage an Abg. K. und Rz., welche ohne Wissen des Gemeindevorstandes im Namen der Gemeinde wegen der Apotheke beim Inspektor Plucinski vorstellig gewesen sind. Gen. K. wehrte sich mit der Begründung, daß er als Gemeindevorsitzender in eigener Ansicht dort gewesen ist und ihm das niemand verwehren kann. Zu bemerken wäre dazu, daß die Apotheke im Hause des Abg. Rz. eingerichtet werden soll. Die Tagesordnung war daraufhin erschöpft.

Dummejungen als Schwerverbrecher.

Sie überfallen ein Anwesen und rauben einige Zloty. — Zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Im Monat Oktober v. Js. wurden drei junge Leute und zwar der 18jährige Wilhelm Wiczek, der 20jährige Franz Berner und der 21jährige Alfons Hernik wohnhaft in Nowa-Wies, wegen schwerem Raubüberfall verhaftet. Die jugendlichen „Banditen" hatten sich vergangene Woche, Freitag, vor dem Landgericht Kattowitz zu verantworten. Die Verhandlung fand unter Vorsitz des Landrichters Dr. Krahl statt.

Wie sich aus der Verhandlung ergab,

erschienen die ersten beiden Beklagten im Herbst v. Js. mit Revolvern bewaffnet,

auf dem Anwesen des Landwirts Hanus in der Ortschaft Mokrau. Sie stießen auf keinen Widerstand auf

raubten einige Zloty, sowie ein Handtäschchen.

Wiczek stolperte nach verübter Tat über die Schwelle, wobei ein Schuß losging, der ihm den

Hut durchbohrte.

Die Beklagten Wiczek und Berner beschuldigten vor Gericht einander. Nach Schilderung des Sachverhalts durch den ersten Angeklagten, soll Berner der eigentliche Täter gewesen sein, der den

Ueberfall vorbereitete und Munition beschaffte.

Der dritte Angeklagte führte aus, daß er mehrere Wochen vorher zu Wiczek und Berner gesagt habe, sie möchten sich in Mokrau einmal einfinden. Es wären dort ganz nette Mädchen und überdies viel Geld vorhanden. Er, der Beklagte Hernik machte in Mokrau bei Hanus Aushilfe. Die beiden Freunde wären dann auch tatsächlich auf dem Anwesen erschienen, allerdings mit Schußwaffen.

Nach Vernehmung der Zeugen ergriff der Staatsanwalt das Wort, welcher ausführte, daß an der gemeinsamen Schuld der drei Angeklagten, die übrigens wegen anderen Verfehlungen mit dem Strafgesetz bereits in Konflikt gekommen sind, nicht gezweifelt werden könne. Mildernde Umstände kämen für die verbrecherische Handlung kaum in Frage, es sei denn, daß das Gericht doch evtl. das jugendliche Alter der Täter berücksichtigen wolle. Es handele sich bei den

drei Beklagten um ganz gefährliche Burschen, die für lange Jahre hinter Schloß und Riegel gesetzt werden müßten. Der Anklagevertreter beantragte dann je 5 Jahre Zuchthaus.

In den Verteidigungsreden wurde hervorgehoben, daß die jugendlichen Täter schon in frühester Jugend die Eltern verloren haben. Diesen Umstand möge das Gericht als strafmildernd berücksichtigen. Es handele sich mehr um einen unüberlegten Streich der Burschen, als einen schweren Raubüberfall. Die jugendlichen Angeklagten verdienen kein zu hartes Urteil. Nur ein mildes Urteil könne nachhaltigen Eindruck machen und die Täter von weiteren Unbesonnenheiten zurückhalten.

Nach längerer Beratung wurden verurteilt:

Wilhelm Wiczek und Franz Berner wegen schweren Raubüberfall und unbefugtem Waffenbesitz zu je 1 Jahr und 2 Wochen Gefängnis, ferner Alfons Hernik für Raubüberfall zu 1 Jahr Gefängnis.

Das Gericht berücksichtigte in weitgehendstem Maße strafmildernde Umstände, so vor allem, die mangelhafte Erziehung, sowie das jugendliche Alter. y.

Explosionsunglück auf der Kunst-Eislaufbahn. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Freitag, gegen ½10 Uhr abends, in dem Maschinenraum der Kattowitzer Kunst-Eislaufbahn an der Bankowa. Dort war der Hilfsmaschinist Anton Skiba mit Schweißarbeiten beschäftigt. Plötzlich kam eine Sauerstofflasche zur Explosion. Infolge des starken Luftdruckes wurde der Maschinist weit fortgeschleudert. Er erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß der Tod sofort eintrat. Schwere Verbrühungen trug ferner der Maschinist Eduard Chowainski aus Kattowitz davon. Es wird vermutet, daß das Ventil einer Sauerstoffflasche mit Oelbeständen in nahe Berührung kam und eine Menge Ammoniakgas ausströmte, so daß in kurzer Zeit der Maschinenraum von Rauchgasen dicht durchschwängert und ein Betreten ohne Masken nicht möglich war. Die Kattowitzer Berufsfeuerwehr wurde nach der Unglücksstelle alarmiert. Es gelang mit Gesichtsmasken in den Raum vorzudringen. Erst nachdem die Rauchwolken aus dem Raum herausgeströmt waren, fand man den Toten in einer Blutlache liegend auf. Der Tote wurde nach der Totenhalle des städtischen Spitals überführt. Der Verletzte, auf den man sofort aufmerksam wurde, ist nach Erteilung erster ärztlicher Hilfe nach seiner Wohnung geschafft worden. y.

Auto in Flammen. Am Freitag, gegen 5 Uhr nachmittag, geriet an der Straßenkreuzung Sienkiewicza und Wojewodzka das Personenauto der Rybniker Steinkohlengewerkschaft in Brand. Durch Mannschaften der Berufsfeuerwehr wurde das Feuer mittels Tetra-Kohlenstoffapparat, Typ Tetra-Miera, in kurzer Zeit gelöscht. r.

Am Kattowitzer Bahnhof festgenommen. Der 23jährige Roman Jaszkowski, ohne ständigen Wohnsitz, wurde von der Polizei in der 4. Warteklasse am Kattowitzer Bahnhof festgenommen. Die Arretierung erfolgte in dem Moment, als der Dieb zwei Koffer zum Schaden des Valentin Konski aus Schoppinitz und des Michael Slonina aus der Ortschaft Kobylarni, Wojewodschaft Posen, stehlen wollte. Es erfolgte die Einlieferung in das Kattowitzer Gerichtsgefängnis. r.

Verbrechen und Vergehen. Die Kriminalstatistik für Januar meldet insgesamt 1375 Vergehen schwerer und leichterer Art. Es lag u. a. vor: Widerstand gegen Polizeigewalt in 27 Fällen, Bettelei und Landstreicherei 41, Fälschung von Geld und Wertpapieren 26, Dokumentenfälschung 5, Körperverletzung 17, Einbruch und gewöhnlicher Diebstahl, darunter Taschendiebstahl 172, Betrug 36, Veruntreuung 22 Fällen, Uebertretung der sanitären Vorschriften 39, der Handelsvorschriften 38, Meldevorschriften 32, Uebertretungen infolge Trunkenheit 67 Fällen. Weiterhin lagen noch 797 Uebertretungen verschiedener Art vor. In 151 Fällen erfolgten Arretierungen. Unter den Verhafteten befanden sich 129 Männer und 22 Frauen.

Von den schulärztlichen Kliniken. Die statistische Abteilung beim Kattowitzer Magistrat veröffentlicht den Tätigkeitsbericht der städtischen, schulärztlichen Kliniken. Es wurden im Berichtsmonat Januar als Patienten behandelt: In der Altstadt Katto-

---

ferner in den Privatunternehmungen, ihre Bezüge kürzen. Allen müßte man die Gehälter um 15 Prozent kürzen.

Ein wenig Progression könnte man dabei ganz gut gebrauchen.

Wir werden uns noch in der Budgetkommission begegnen und werden trachten, das alles durchzuführen.

Selbstverwaltung in den Krankenkassen

Ich komme zu einer anderen Frage. Die Selbstverwaltung in den Krankenkassen in Bielitz und Teschen wurde aufgehoben. Man sprach davon, daß die Verwaltungskosten zu hoch waren. In Bielitz verwaltet die Kasse ein Kommissar, der zuerst eine Offiziersgage bezieht und als Kassenkommissar bezieht er 650 Zloty monatlich und außerdem noch 28 Zloty Tagesdiäten. Es ist selbstverständlich, daß ein Herr Kommissar auch noch einen Unterkommissar haben muß, und außerdem hat er 6 neue Funktionäre bestellt Der Abgeordnete Roguszczak hat hier einmal verlangt, daß

in der Wojewodschaft zuallererst Oberschlesier

beschäftigt sein müssen, aber vergebens. Wir haben hier

kleine Königreiche, die sich kaninchenartig vermehren.

Alte Zeiten kommen wieder. Ein jeder „Krolik" muß wieder seine „Kroliki" haben. Der

Protektionismus feiert Orgien

und die Demoralisation breitet sich immer mehr aus. Ich bin der Ansicht, daß wir in Schlesien für solche Posten genügend Leute haben. Der Herr Wojewode hat Gehör bei der Regierung und er könnte hier seinen Einfluß zur Geltung bringen, damit solche Dinge nicht passieren. In der Bielitzer Krankenkasse war noch ein deutscher Beamter beschäftigt, den man

ohne jeden Grund hinausbeförderte,

anderen wurde wieder gesagt, daß sie so krank seien, daß sie niemals gesund werden können und sie wurden aus der Krankenkasse beseitigt. Das liegt nicht im Interesse Schlesiens, daß die Selbstverwaltung in den Krankenkassen ausgeschaltet bleibt.

Völlig unnötig werden deutsche Beamte entfernt.

Das ist alles überflüssig und soll nicht stattfinden. Man spricht soviel vom Sparen, macht den Anfang bei Institutionen, die früher 6½ Prozent Verwaltungskosten hatten und heute 7 bis 8 Prozent aufweisen, jedenfalls mehr als früher.

Die Kriegsopfer

Weiter möchte ich den Herrn Wojewoden bitten, er möge noch auf eine Frage antworten. Wir haben zwei Invalidenverbände in der Wojewodschaft, einen Verband der Invaliden für die Republik Polen und noch einen zweiten. Selbstverständlich gehören den beiden Verbänden die Kriegsopfer an und dort sind auch die Deutschen organisiert. Ich will hier über die Subventionen, die der Verband für Polen bekommen hat, nicht reden, aber die anderen erhielten keine Subvention, nicht einmal in Naturalien. Auf eine Anfrage in der Kommission, erklärte der Wojewodschaftsvertreter, daß die Naturalien an alte, die auch dem Verbande der polnischen Republik nicht angehören, ausgeteilt werden. Das Versprechen wurde bis heute nicht eingehalten. Ich meine, daß der Herr Wojewode schon in seinem eigenen Interesse anordnen wird, daß das Platz greife und dem Sejm eine entsprechende Erklärung abgeben wird.

Wir erklären uns für eine sachliche Zusammenarbeit.

Wir wollen mitarbeiten.

Wer die Entwicklung der Dinge verfolgt, wer es sieht, daß das Budget lebendig spricht und seine Posten, die sich auf die Gesamtbevölkerung beziehen, ins Gewissen reden, der müßte ein Parteifanatiker sein, um aus grundsätzlichen Gründen, das Budget und die Mitarbeit abzulehnen. Eine solche Stellungnahme werden die deutschen Sozialisten nicht einnehmen.

Wir sind zur sachlichen Mitarbeit bereit, aber wir haben eine Bedingung, und zwar diese, daß die

Verwaltungsbehörden über den Parteien

stehen müssen. Einmal ist es vorgekommen, daß die Verwaltungsbehörden sich in den Wahlkampf gestürzt haben und jene Rolle, die sie dabei gespielt haben, wird ihnen sicherlich keine Ehre bringen. Diese Rolle ist auch für jene nicht ehrenhaft, die die Aktion für die Regierung geleitet haben. Sollte man noch heute für politische Betätigung und Wahlaktion Beamte und Lehrer mißbrauchen, so muß jeder damit rechnen, daß die

späteren Regierungen dasselbe tun

werden. Wird das zur Hebung der Moralität der menschlichen Gesellschaft beitragen? Handelt es sich um eine sachliche Mitarbeit, dann stellen wir zwei Bedingungen, über welche der Herr Wojewode nicht wird zur Tagesordnung übergehen können, und zwar:

1. Ensprechende Erhöhung der Subvention für Arbeitslose, und

2. die Verwaltungsbehörden stehen über den Parteien.

Wird der Herr Wojewode diesen Bedingungen nicht entsprechen, wird die Regierung weiterhin auf dem zweigleisigen Wege beharren und der Herr Wojewode denselben Standpunkt vertreten, dann wird er seine schöne Aufforderung zur Zusammenarbeit einer Korrektur unterziehen müssen.

witz 523, im Ortsteil Bogutschütz-Zawodzie 125 und im Ortsteil Zalenze-Domb 91 Kinder. Unter den Patienten befanden sich 295 Knaben und 444 Mädchen. Es wurden 995 Zähne gezogen, 271 Plomben angelegt, ferner in 169 Fällen Zahnwurzeln behandelt und in 62 Fällen andere, zahnärztliche Heilmethoden angewandt. y.

Deutsche Einheitsstenographie. Der neue Anfängerkursus übt jeden Dienstag und Freitag, abends 7½ Uhr, im Zimmer 38, der Knabenmittelschule, Schulstraße 9, Eingangs beim Schulhausmeister. Für den Dienstag werden noch Teilnehmer aufgenommen. Daselbst können auch Anmeldungen für den Redeschriftkursus und den Kursus in polnischer Stenographie abgegeben werden. Diejenigen, welche an dem Stenographiekursus der Volkshochschule teilnehmen wollen, wollen ihre Anmeldungen beim Kulturbund, ul. Marjacka 17, bewirken.

Königshütte und Umgebung

D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt. Am Freitag, den 27. Februar, abends 7.30 Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses die fällige Mitgliederversammlung statt. Als Referent erscheint Genosse Raiwa. Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Namhaftmachung der Delegierten. Die einzelnen Organisationen der Freien Gewerkschaften werden ersucht, die in den Generalversammlungen gewählten Delegierten zum Ortsausschuß Königshütte, dem Vorsitzenden des Ortsausschusses, Kollegen Knappik, baldigst namhaft zu machen.

Wichtig für Arbeitslose. Das Arbeitslosenamt macht bekannt, daß diejenigen Arbeitslosen, die sich zur vorgeschriebenen Kontrolle nicht melden, Gefahr laufen, daß ihnen die Arbeitslosenunterstützung entzogen wird. Arbeitslose, die sich bei der Annahme einer Beschäftigung beim Arbeitslosenamt nicht abmelden und weiter Unterstützung beziehen, werden wegen Betruges dem Gericht übergeben. Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß auch keine Unterstützung beziehende Arbeitslose sich zu melden haben, anderenfalls Vergünstigungen, wie Gewährung von Kohlen, besonderen Feiertagsunterstützungen usw. verlustig gehen.

Einmalige Beihilfen an Arbeitslose. Arbeitslose, die von der laufenden Unterstützung ausgeschlossen sind, können eine einmalige Unterstützung fordern, wenn ihre monatlichen Bezüge nachfolgende Sätze nicht übersteigen: bei Ledigen 30 Zloty, bei Verheirateten ohne Kinder 50 Zloty, mit einem Kind 70 Zloty, mit zwei Kindern 100 Zloty, mit vier Kindern 130 Zloty, mit 5 Kindern und mehr 150 Zloty. Zu den monatlichen Bezügen werden Kriegsinvalidenrenten, kleinere Nebeneinkünfte der Frau oder Kinder gerechnet. Die einmalige Beihilfe wird durch das Arbeitslosenamt ausgezahlt. Bei schweren Erkrankungen und Todesfällen werden einmalige Beihilfen auch an solche Arbeitslose ausgezahlt, die ihre ständige wöchentliche Unterstützung beziehen.

Chorzow. (Seine letzte Schicht.) Am 20. Februar geriet unter Tage auf Krugschacht unser Gesinnungskamerad Franz Bock auf bis jetzt noch unaufgeklärte Weise zwischen Seil und Spannscheibe. An den schweren Quetschungen verstarb der Bedauernswerte kurze Zeit nach der Einlieferung im Kattowitzer Knappschaftslazarett. Tag und Zeit der Beisetzung werden wir an dieser Stelle bekanntgeben.

Siemianowitz

Aus dem Gemeindebetriebe. Das verschiedentlich reparierte Hallenschwimmbad wird ab 1. März wieder dem öffentlichen Betriebe übergeben. — Die Gemeindeeisbahn erhält eine neue Drahtumzäunung.

Gefundene Börsen. Ein Portemonnaie mit Inhalt ist gefunden worden und auf der ulica Matejki 19 bei Moll abzuholen. — Desgleichen ist ein zweites Portemonnaie, gleichfalls mit Inhalt, im Zimmer 9 der Gemeinde abzuholen.

Myslowitz

2 Monate ohne Bezahlung geschuftet!

Die allgemeine Geldknappheit und an allererster Stelle die rücksichtslosen Maßnahmen des Finanzamtes lasten immer mehr auf den Betrieben und wirken sich jetzt bereits unmittelbar auf die Arbeiter aus. Die Arbeiterschaft trägt diesem Umstand größtmöglichste Rechnung, da die große Arbeitslosigkeit dem Arbeitgeber zu oft Gelegenheit gibt, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen. Was aber zu viel ist, ist eben zu viel. So dachten auch die Arbeiter der Firma „Ropczy" Schoppinitz. Von den 60—70 Mann dieser Belegschaft haben nämlich verschiedene 2 sogar 3 Monate keine Entlohnung erhalten. Sie zogen zwar den Leibriemen an, solange es ging, doch schließlich wandten sie sich an den Arbeitsinspektor. Leider hatte dieser bei Vermittelungsaktion einen schweren Standpunkt. Niemand von der Brotgeberseite will sich richtig zu einer Schuld bekennen.

Die Firma soll bei der Ausführung von Arbeiten bereits derartig genügend verdient haben, daß sie ihre Arbeiter rechtzeitig entlohnen kann. Allerdings erfolgt die Deckung dieser Außenstände durch die Auftraggeber in sehr unregelmäßigen Zahlungsterminen. Als die Belegschaft dieser Werkstätte in Erfahrung brachte, daß ein Teilbetrag des Verdienstes für Steuerzwecke zurückgehalten wurde, begab sie sich geschlossen zu den Gemeindevorständen nach Rosdzin und Schoppinitz. Hier will aber gleichfalls niemand die Schuld tragen, dabei bewahrten die Arbeiter soviel Besonnenheit, daß die Regelung ihrer berechtigten Forderungen in Aussicht gestellt worden ist. b.

Gemeindevertretersitzung in Rosdzin-Szoppinitz. Am kommenden Dienstag findet in Rosdzin-Schoppinitz eine Gemeindevertretersitzung statt, in welcher die Gemeindeschöffen gewählt werden. Gleichzeitig steht die Wahl der einzelnen Deputationen und Kommissionen bevor, wie in die Budgetkommission, Statutenkommission, Schätzungskommission, Gesundheitskommission, die Kommissionen für Feststellung der Zusatzkosten für Straßenrenovierung, Armendeputation usw. Auch werden in dieser Sitzung die Straßenzüge in den vereinten Gemeinden einer Umbennenung unterzogen. Desgleichen stehen einige Gesuche, um Gewährung einer Subvention für goldene Hochzeitspaare der Gemeinde zur Beratung. —h.

Rosdzin-Schoppinitz. (Spiele nicht mit dem Schießgewehr...) Am Sonnabend spielte der 20jährige Krzak auf der ulica Krakowska mit einer Schrotbüchse und rief seiner 8jährigen Nichte zu: „Paß auf, ich schieße dich tot!" Er zog am Bügel, ein Schuß krachte und das Unglück war geschehen. Das Mädchen, die Tochter des Arbeiters Patalong, wurde in schwer verletztem Zustande im Sanitätsauto der Hüttenverwaltung nach dem Myslowitzer Knappschaftslazarett abtransportiert. Der tüchtige Schütze, der nicht gewußt hat, daß das Gewehr geladen war, wurde nach einer protokollarischen Vernehmung im 4. Polizeikommissariat auf freien Fuß gesetzt. —h.

Sport vom Sonntag

Polen — Deutschland 9:7.

Der am gestrigen Sonntag in Warschau ausgetragene Länderkampf zwischen den obigen Arbeiterboxrepräsentiven zeitigte, daß die polnische Mannschaft besser war, was auch in dem Ergebnis 9:7 zum Ausdruck kam.

Handball.

M. T. V. Myslowitz — Fr. Sp. Siemianowitz 7:0.

In Myslowitz trafen sich erstmalig obige Vereine zu einem Handballspiel, das Myslowitz 7:0 gewann. Während in der ersten Halbzeit die Gegner sich ebenbürtig waren, gelang es nach dem Wechsel den Gastgebern, nachdem die Siemianowitzer Jarczyk und Bohn spielunfähig wurden, den Kampf auf dem genannten Vorverhältnis für sich zu entscheiden. Die Myslowitzer Mannschaft, die den Gästen körperlich weit überlegen war und über einen sehr guten Ballwurf verfügt, kann gegenwärtig wohl als beste Mannschaft Oberschlesiens betrachtet werden. Die Siemianowitzer waren bis auf den Rechtsaußen, der einen „internationalen Kasperle" Spieler reflexierte, und den diesmal fleckmatischen Halbrechten gut. Schließlich sei noch zu bemerken, daß der für Dulloch eingestellte Verteidiger sich nicht als solcher eignete.

R. K. S. Gieschewald — Evang. Bund Siemianowitz 2:0.

Die R. K. S-er, die den Siemianowitzern überlegen waren, gewannen das Spiel 2:0.

Polen schlägt Oesterreich im Boxen 13:3.

Der am Sonnabend in Königshütte vor sich gegangene Boxländerkampf brachte Polen einen großen Erfolg. Der Verlauf der Kämpfe war:

Bantamgewicht: Czappak (Oesterreich) — Forlanski (Posen) remis.

Mittelgewicht: Putz (Oesterreich) verliert gegen Majchrzycki (Posen) nach Punkten.

Fliegengewicht: Erben (Oesterreich) verliert gegen Moczko (Kattowitz). Der Sieg Moczkos war ein Fehlurteil, trotzdem wurde der von Oesterreich eingelegte Protest verworfen.

Federgewicht: Lindenheim (Oesterreich) — Rudski (Lipine). Der Pole blieb auf einen genauen Hacken k. o. Sieger in der zweiten Runde. Polen führt 7:1.

Leichtgewicht: Kampa (Oesterreich) schlägt Konieczny (Lipine).

Weltergewicht: Czerweny (Oesterreich) — Severyniak (Lodz). Technischer k. o. Sieger Severyniak.

Halbschwergewicht: Laub (Oesterreich) — Wystrach (Kattowitz). Trotz einer Verwarnung reichte es noch zu einem knappen Punkte des Polen.

Schwergewicht: Stranski — Wotzka (Myslowitz). Der Gast hat außer einer großen Härte im Nehmen nicht viel zu bestellen. Der ungleiche Kampf wurde daher in der dritten Runde zugunsten Wotzkas abgebrochen. Sieger durch technischen k. o. Wotzka.

Amatorski Königshütte — V. f. B. Gleiwitz 6:3 (1:3).

Nach den letzten Niederlagen unserer Vereine in Deutsch-Oberschlesien bedeutete das Auftreten des V. f. B. Gleiwitz für die einheimische Sportwelt eine gewisse Sensation. Schiedsrichter Laband war bis auf eine zu harte Elfmeterentscheidung objektiv.

Naprzod Lipine — Vorwärts-Rasensport Gleiwitz 5:3 (3:1).

Wenn den Lipinern die Revanche zahlenmäßig auch nicht geglückt ist, so wirkte sich ihre Ueberlegenheit dadurch aus, daß sie im Felde mehr vom Spiel hatten, als die Gleiwitzer.

20 Bogutschütz — Kolejowy Kattowitz 1:2.

Es war ein schönes im flotten Tempo durchgeführtes Spiel beiderseits. Trotzdem Bogutschütz mit Ersatz antreten mußte, so zwangen sie dem Gegner ein offenes Spiel ab. Sehr schwach der Schiedsrichter Scharf (Chropaczow), welcher noch nicht fähig ist ein A-Klassenspiel zu leiten und durch dessen Schuld das Spiel in der zweiten Halbzeit abgebrochen werden mußte.

Polizei Kattowitz — Diana Kattowitz 4:2 (3:1).

Das Spiel litt sehr unter dem aufgeweichten Platz und sah die Polizei als sicheren Sieger.

Ruch Bismarckhütte — Slonsk Schwientochlowitz 2:2 (1:2).

Die Ligisten mußten sich nur mit einem Unentschieden begnügen, da der Gegner als sehr aufopfernd und zäh erwiesen hatte.

Wawel Antonienhütte — Pogon Charlottenhof 7:2 (2:1).

Pleß und Umgebung

Ober-Lazisk. (Ein Betriebsratsmitglied entlassen.) Während einer öffentlichen Versammlung in Ober-Lazisk, wurde dort unter anderem auch eine Kritik über das neue Gedingewesen der Bradegrube ausgeführt. In der Diskussion beteiligte sich der Häuer Richard Rygula und legte eine Resolution zur Annahme vor, wobei drei Punkte aufgestellt wurden. So auch, daß der Betriebsführer ein Betriebsratsmitglied ersuchte, die Bergpolizeigesetze zu übertreten, was Gefährdung der Bergleute ist. Darauf berief der Betriebsführer eine Betriebsratssitzung ein und ließ die Aussagen vom R. protokollieren. R. gab zu, der Autor des Artikels, der in der „Gazeta Robotnicza" veröffentlicht wurde, zu sein und beantwortete alle drei Punkte gemäß seiner Ansicht. Nach Aufnahme des Protokolls, wurde der Betriebsführer über den Zweck desselben angefragt. Die Frage verneinte er, mit dem Bemerken, daß dies der Direktor entscheiden wird, fügte später aber noch hinzu, daß R. unter Umständen entlassen werden kann. Am nächsten Tage berief der Betriebsführer nochmals die Betriebsräte ein und stellte die Anfrage, ob R die unwahren Behauptungen zurückziehen will, da andernfalls seine Entlassung bevorsteht. R. seiner Ansicht überzeugt, tat es nicht, und ist deswegen fristlos nach den §§ 82, Ziffer 5 des Allg. Pr. Bergges. und § 96, Ziffer 3 des B. R. G. entlassen worden.

Rybnik und Umgebung

Knurow. (Aus der Gemeinde.) Am heutigen Montag findet hier die erste Sitzung in diesem Jahre statt. Im Laufe der Zeit hat sich sehr viel Material angesammelt, was aus der Tagesordnung zu ersehen ist, die 13 Punkte umfaßt. Unter anderm auch das Budget für 1931-32. Herr Mrozek hat allem Anschein eine sehr zahme Gemeindevertretung, die zu allem Ja und Amen sagt, denn, wenn das Budget auf der Tagesordnung zu verzeichnen ist, so stellt man es nicht als letzten Punkt auf dieselbe. Es ist sehr ratsam, wenn die Bürger bei so einer Sitzung die Galerie besetzen, um sich persönlich von der Leistungsfähigkeit der Gemeindevertreter zu überzeugen. Auch die gemütlichen Nachsitzungen müssen beobachtet werden. —a.

Das Gesetz der Vier

The Law of the Four Just Men

Von Edgar Wallace.

Ins Deutsche übertragen von Ravi Ravendro.

44)

Junge und alte Leute können sich im Martaus-Klub sehr wohlfühlen — wenn sie das nötige Geld dazu haben. Aber es ist nicht die Höhe der Rechnungen, die der Oberkellner Louis ausschreibt, noch sind es die Preise für den Wein oder das ausgezeichnete Stachelbeerkompott, die jemand ruinieren können.

Mr. John Eden konnte mit Leichtigkeit die Rechnung bezahlen für alles, was er bei Martaus aß und trank oder rauchte. Und der Klub war wirklich ebenso unschuldig wie amüsant. Niemals wurden in den Räumen Kartenspiele geduldet. Der Oberkellner Louis kannte jedes Gesicht und auch die Geschichte jedes einzelnen Gastes Mit größter Genauigkeit konnte er angeben, wie hoch die Bankguthaben der Gäste waren, die hier verkehrten.

Mr. John Eden kannte er noch nicht, er war das neueste Mitglied, aber er schätzte ihn vorsichtig und sachkundig ein.

John Eden hatte mit einer fremden Dame getanzt, was bei Martaus nicht üblich war. Es galt dort als Regel, daß man seine eigene Tanzpartnerin mitbrachte und unter keinen Umständen eine fremde Dame zum Tanz aufforderte.

Aber an dem Abend war Mr. Welby dort. John kannte ihn oberflächlich, obwohl er ihn jahrelang nicht gesehen hatte. Mr. Welby war ein Muster von Eleganz und offenbar eine bedeutende Persönlichkeit. Als er durch den Saal auf ihn zuschritt, fühlte sich John ihm gegenüber wie ein armer Verwandter aus der Provinz. John war acht Jahre in Südafrika gewesen und kam sich jetzt etwas fremd in dem großstädtischen Leben und Treiben vor. Aber Mr. Welby war liebenswürdig und freundlich und bestand darauf, ihm Maggie Vane vorzustellen, eine hübsche junge Dame in prachtvollem Abendkleid. Sie trug reichen Schmuck — ihre Perlenkette kostete allein zwanzigtausend Pfund. Ihre Erscheinung raubte John den Atem, und als sie vorschlug, noch zu Bingley zu gehen, dachte er nicht im Traum daran, zu widersprechen.

Sie gingen durch die Vorhalle, wo sich der Oberkellner Louis zu schaffen machte. Mit einer kleinen Entschuldigung trat er an John heran und bürstete ein Stäubchen von dem Kragen seines tadellos sitzenden Fracks. Dabei flüsterte er ihm mit leiser Stimme etwas zu, so daß es seine Begleiter nicht hören konnten.

„Gehen Sie nicht zu Bingley."

John sah ihn verwundert an, denn das Benehmen dieses Mannes erschien ihm ungehörig.

Bis sechs Uhr morgens blieb er bei Bingley und ließ dort Schecks in einer Höhe, die seine gesamten aus Afrika zurückgebrachten Ersparnisse ausmachte, ja noch etwas mehr. Er war nach England zurückgekommen und hatte von einem kleinen Gut auf dem Lande geträumt, wo er etwas angeln und auf die Jagd gehen konnte. Auch ein Buch über die Jagd auf Hochwild in Afrika hatte er schreiben wollen. Und alle diese Träume waren zu Ende, als der Croupier mit einem faden Lächeln auf den Lippen mechanisch die Karte umwandte:

„Le Rouge gagnant et couleur!"

Er hatte nicht geahnt, daß Bingley eine Spielhölle war. Zu Anfang hatte das Lokal auch nicht diesen Eindruck gemacht. Erst als ihn dieses schöne Mädchen in die inneren Räume führte, wurde er nervös, denn er sah, daß hier trente et quarante mit hohen Einsätzen gespielt wurde. Er saß an ihrer Seite am Spieltisch, setzte in bescheidenen Grenzen und gewann. Das dauerte an, bis er waghalsiger wurde und seine Einsätze erhöhte.

Man war sehr entgegenkommend bei Bingley. Als er kein Geld mehr zu verspielen hatte, nahm man seine Schecks an, ja man hatte sogar Formulare vorrätig, die er nur auszufüllen brauchte.

John Eden kam zu seiner Wohnung in der Jermyn Street zurück, die unmittelbar über Georges und Leons Zimmern lag, und schrieb einen Brief an seinen Bruder nach Indien...

Manfred hörte den Schuß und wachte auf. Er kam in seinen Pyjamas in das Wohnzimmer und fand Leon bereits dort, der zur Decke emporstarrte. Auf dem weißen Putz zeigte sich ein kleiner, roter Flecken, der größer und größer wurde.

Manfred eilte auf das Treppenpodest hinaus und fand dort den Eigentümer der Pension, nur mit Hemd und Hose bekleidet. Auch er hatte den Schuß in seiner unteren Wohnung gehört.

„Ich dachte zuerst, es wäre bei Ihnen gewesen", sagte er. „Dann müssen wir bei Mr. Eden nachsehen."

Als sie zusammen die Treppe emporstiegen, erzählte er, daß Mr. Eden erst seit kurzer Zeit wieder nach England zurückgekommen sei.

Die Tür war verschlossen, aber der Hausherr hatte einen Schlüssel, mit dem er öffnen konnte. Im Wohnzimmer brannte das Licht noch und ein Blick sagte Manfred alles, was vorgefallen war. Eine zusammengesunkene Gestalt lag quer über dem Tisch, das Blut tropfte aus einer Wunde in der Brust auf den Fußboden, wo es sich in einer großen Lache angesammelt hatte.

Gonsalez untersuchte ihn sofort.

„Er ist nicht tot", sagte er, „und ich glaube auch nicht, daß die Kugel ein wichtiges Organ getroffen hat."

Der Mann hatte sich in die Brust geschossen, aber aus der Richtung des Schußkanals sah Gonsalez, daß die Verwundung nicht lebensgefährlich war. Er verband ihn in aller Eile, so gut es ging, und sie legten ihn vorsichtig auf das Sofa. Als diese ersten notwenigen Handreichungen geschehen waren, schaute sich Gonsalez um und entdeckte den Brief, der alles erklärte.

„Mr. Pinner", wandte er sich an den Hauswirt, „es liegt doch sicher in Ihrem Interesse, daß von dieser Sache nichts bekannt wird? Sie hätten nur Unannehmlichkeiten davon, wenn herauskäme, daß jemand in Ihrer Pension Selbstmord verüben wollte."

(Fortsetzung folgt.)

Bielitz, Biala und Umgegend

Wie die Sanatoren die Wirtschaftskrise bekämpfen

Vor den Warschauer Sejm- und Senatswahlen haben die Sanatoren mit großer Wichtigtuerei der Wählerschaft verkündet, was sie alles zur Hebung der Wirtschaft schon getan und was sie noch alles tun werden, wenn sie die Majorität erlangen sollten. Nach den vielen Propheiungen sollten wir in Polen wie in einem Paradiese leben.

Die Sanacja hat bei den Wahlen gesiegt, sie hat auch sogar die Majorität erhalten, aber leider ist von den schönen Verheißungen keine in Erfüllung gegangen. Es fließt in keinem Fluß die erhoffte Milch mit Honig. Statt dieser rosigen Zeiten wächst die Krise immer mehr an, die Arbeitslosenzahl steigt mit jedem Tag ins Riesenhafte. Mit der Arbeitslosigkeit wächst auch das Elend in recht erschreckendem Maße. Wenn es der Sanacja mit der Bekämpfung der Krise ernst wäre, dann müßte sie alle Hebel in Bewegung setzen, damit reichliche Arbeitsgelegenheit geschaffen werde.

Vor allem müßte die Wohnbautätigkeit aufs eifrigste gefördert werden. Aber auch billige und langfristige Kredite müßten für Wohnbauten in reichlichem Maße gewährt werden. Aber für diese so äußerst notwendigen Zwecke ist niemals Geld vorhanden. Dagegen finden sich sofort Gelder, wenn diese für irgendeinen patriotischen Zweck gefordert werden. Bei einer Versammlung der Gemeindevorsteher des Bielitzer Bezirkes stellte ein Sanacjamann den Antrag, daß in Ernsdorf ein Pilsudski-Denkmal aufgestellt werden soll. Die hierfür notwendigen Gelder sollen die Gemeinden des ganzen Bezirkes aufbringen. Damit die Gelder ja ganz sicher von jeder Gemeinde abgeführt werden, wurde sogar der Beschluß gefaßt, daß diese Beträge den Gemeinden gleich bei der Auszahlung der Kommunalgelder vom Bezirksstraßenausschuß in Abzug gebracht werden sollen.

Zu bemerken wäre noch, daß bei dieser Versammlung der Gemeindevorsteher, die größere Hälfte der Gemeinden nicht vertreten war, so daß die besagte Versammlung zur Fassung solcher Beschlüsse gar nicht beschlußfähig war.

Wenn schon etwas Denkwürdiges gebaut werden soll, dann kann doch auch ein Wohnhaus gebaut werden, mit dem Namen des Marschalls. Dies hätte wenigstens auch einen praktischen Wert, denn abgesehen davon, daß bei dem Bau Arbeiter Beschäftigung hätten, würden wieder für einige Wohnungslose Wohnungen frei werden. Mit Denkmalsbauten werden wir die Krise niemals beseitigen!

Bielitz und Umgebung

Merkwürdige Geschäftspraktiken des Elektrizitätswerkes in Bielitz. Wir haben schon von dieser Stelle aus darauf verwiesen, daß seitens des Elektrizitätswerkes seit jüngster Zeit eigentümliche Einkassierungsmethoden gehandhabt werden. Früher wurde für elektrisches Licht immer erst am Ende des Monats oder sogar einige Tage nach dem Ersten des neuen Monats einkassiert. Heute wird schon nach dem 15. eines Monats für den ganzen Monat einkassiert, so daß die Abonnenten für einen halben Monat schon von vorhinein das Lichtgeld bezahlen müssen. Es erscheint z. B. am 19. d. Mts. der Inkassent bei einem Abonnenten und legt die Rechnung vor. Bezahlt der Abonnent bis zum 21. d. Mts. nicht, dann wird ihm am nächsten Tage das Licht ganz einfach abgezwickt. Für die eventuelle Neueinschaltung muß der Abonnent 5 Zloty zahlen. Mit was wird denn diese Rücksichtslosigkeit begründet? Warum läßt man dem Abonnenten nicht Zeit bis Ende des Monats, damit er kontrollieren kann, wieviel Strom er verbraucht hat? Jetzt, in der größten Wirtschaftskrise, wo die Geldmittel ohnehin sehr knapp sind, erpreßt direkt die reiche Elektrizitätsgesellschaft die Gelder von den Stromabonnenten. Es wäre angezeigt, daß alle, die von dieser neuen Einkassierungsmethode betroffen werden, die Beschwerden beim Magistrat in der dazu bestimmten Beschwerdestelle einbringen, damit gegen diese Rücksichtslosigkeit energisch eingeschritten wird.

Kundmachung. In der letzten Zeit kursieren Gerüchte, daß die Regierung eine Abstempelung der Zloty-Banknoten und eine bedeutende Entwertung derselben plant. Es wird hiermit amtlich bekanntgegeben, daß diese Gerüchte jeder Grundlage entbehren und die Verbreiter dieser unwahren Gerüchte zur strengsten Verantwortung gezogen werden. Bielsko, den 20. 2. 1931. Dr. Josef Duda, Bezirkshauptmann von Bielitz. Dr. Kobiela, Bürgermeister von Bielitz.

Stalins Fünfjahrplan — eine ernste Gefahr für Europa. Heute spricht über dieses für die Zukunft von ganz Europa neben der Abrüstungsfrage wohl aktuellste Thema Professor Dr. Hans Halm in der Turnhalle am Kirchplatz um 8 Uhr abends. Karten zu 1, 2 und 3 Zloty an der Abendkasse ab 7.30 Uhr. Man komme rechtzeitig, der Besuch wird sehr stark sein, die Plätze sind nicht numeriert. Das Thema hat bei der letzten Vortragsreise durch Deutschland Aufsehen erregt und die Beachtung aller maßgebenden Kreise gefunden. Wir müssen uns damit genau vertraut machen, was im benachbarten Lande vorgeht. Der nüchtern denkende Römer sagte: „Tua res agitur, paries cum proximus ardet" — Dein Hab und Gut steht auf dem Spiel, wenn es beim Nachbar brennt!

Altbielitz. (Wer hat einen Ehering verloren?) Auf der Bezirksstraße wurde gegenüber dem Hause Nr. 143 im Oberdorfe ein goldener Ehering gefunden. Der Verlustträger oder Verlustträgerin kann sich denselben in der Gemeindekanzlei während der Amtsstunden abholen.

Achtung Musikfreunde und Musiker! Der Verein Jugendlicher Arbeiter gibt allen obengenannten bekannt, daß derselbe in kurzer Zeit einen Kurs für Anfänger, die auf Zupfinstrumente Spielen lernen wollen, abhalten wird und ladet alle Musikliebenden ein, diesen Musikkurs zu besuchen. Auch fortgeschrittene Spieler sind herzlichst willkommen in unserer Musiksektion! Der Musikkursbeitrag beträgt in der Woche 2 Zloty und Einschreibegebühr 50 Groschen, für welchen der Zutritt zu jeder Veranstaltung frei steht. In Betracht kommen folgende Instrumente: Mandolinen, Mandriolas, Mandolas, Gitarren usw., diese Instrumente können durch den Verein billig erworben werden. Einschreibungen sind am Mittwoch und Donnerstag, von 5—7 Uhr abends, welche im Bibliothekszimmer im Arbeiterheim in Bielsko, Republikanska 6, stattfinden. Nützet diese gute und billige Gelegenheit aus! Die Musiksektion befindet sich unter guter fachmännischer Leitung. Bei größerer Beteiligung wird der Musikbeitrag ermäßigt.

Heimische Industrie — Ausstellung in Bielsko. In der Zeit vom 20. bis 29. März l. J. findet in den Schießhauslokalitäten in Bielsko eine Propaganda-Ausstellung der heimischen Industrie statt, welche alle Produktionszweige aus ganz Polen umfaßt und insbesondere den Bielitz-Bialaer Industrie-, Kaufmanns- und Handwerksgewerbezweig veranschaulicht. Zum Zwecke der Durchführung der mit dem Erstehen dieser Ausstellung verbundenen Arbeiten ist im Stadtgebiete von Bielsko und Biala ein Komitee gegründet worden, das seine Tätigkeit mit der Berufung von speziellen Sektionen für Gewerbe, Handwerk, Handel, Landwirtschaft betreffende Fragen begonnen hat. Außerdem ist aus seinen Innern ein engerer Vollzugsausschuß, bestehend aus einer gleichen Mitgliederzahl von Vertretern der Bielitz-Bialaer Industrie, des Handwerkes, des Handels usw. gewählt worden. Die Büroräume des Komitees befinden sich in den Schießhauslokalitäten in Bielsko (Telephon Nr. 1337), woselbst alle Anmeldungen entgegengenommen und alle die Ausstellung betreffenden Informationen erteilt werden. Für das Stadtgebiet von Biala werden sämtliche die Ausstellung betreffenden Informationen im Sekretariat des Stadtmagistrates (Telephon Nr. 1022) erteilt. Während der Ausstellungsdauer werden Kongresse von Kaufleuten und Landwirten, der Lehrerschaft, der Feuerwehren und Touristen und Sportausflüge organisiert werden.

Generalversammlung des Verbandes der Kommunalangestellten. Am 13. d. Mts. fand die diesjährige Generalversammlung des obigen Verbandes im Restaurant Pilsnerhof statt. Von den Verbandsmitgliedern waren 50 Teilnehmer erschienen. Als Vertreter der Stadtgemeinde konnten wir den Gen. Follmer als Vizebürgermeister der Stadt Bielsko, und die beiden Gen. Hönigsmann und Poczontek als Gemeinderäte begrüßen. Weiters war Gen. Fleszar als Kreisgewerkschaftssekretär aus Krakau und Gen. Rosner als Gewerkschaftssekretär aus Bielsko anwesend. Der Obmann, Gen. Krischke, begrüßte alle Anwesenden, gab die Tagesordnung bekannt und erklärte die Versammlung für eröffnet. Gen. Follmer überbrachte der Versammlung die besten Grüße des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubes. Nach Verlesung des letzten Protokolls und Kassenberichtes, brachte der Obmann den Jahrestätigkeitsbericht, welcher mit vollster Befriedigung zur Kenntnis genommen wurde. Hierauf erfolgten die Referate Gen. Hönigsmann, Fleszar und Rosner. Gen. Potczontek brachte den Bericht über den Verlauf der Verhandlungen mit der Arbeiterschaft des städtischen Gaswerkes. Bei der anschließenden Neuwahl des Vorstandes wurden die alten Funktionäre einstimmig wiedergewählt. Unter „Allfälligem" wurden noch die wichtigsten Vereinsangelegenheiten beraten. Der Verlauf dieser Versammlung war ein sehr würdiger. Hierauf brachte der Obmann allen Funktionären sowie allen Vertretern seinen besten Dank zum Ausdruck und mit einem Appell an alle Mitglieder zur Ausdauer und Agitation unter jenen Mitgliedern, welche unserem Verbande noch abseits stehen, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Bielitz: „Wo die Pflicht ruft!"

Achtung, Metallarbeiter! Genossen und Genossinnen!
Mitglieder des Verbandes der Metallarbeiter in Polen, Ortsgruppe Bielsko.

Am Sonntag, den 1. März, findet um ½10 Uhr vormittags die Generalversammlung der Ortsgruppe Bielsko im großen Saal im Arbeiterheim mit folgender Tagesordnung statt:

1. Begrüßung,
2. Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung,
3. Berichte: a) des Obmannes, b) des Kassierers, c) der Revisionskommission, d) des Sekretärs.
4. Neuwahl des Vorstandes,
5. Freie Anträge.

Genossen! Die Unternehmer nützen die gegenwärtige Krise zu ihrem Vorteil aus, indem sie die bestehenden Verträge nicht einhalten, ja sie unternehmen sogar Angriffe auf die sozialen Gesetze wie §§ 1154 b und 1155 und planen, das den Gießern vertragsmäßig gebührende Werkzeuggeld zu schmälern.

Genossen! Die Generalversammlung steht im Zeichen des Kampfes, des Abwehrkampfes gegen einen brutalen Kapitalismus, daher teilzunehmen und damit zu bekunden, das Sie sich nicht ohne weiteres ihre Rechte rauben zu lassen gewillt sind.

Der Vorstand

Wochenprogramm der Arbeiterjugend Bielitz.

Montag, den 23. Februar 1931, um 6 Uhr abends Musikprobe.

Dienstag, den 24. Februar 1931, um ½8 Uhr abends Theaterabend.

Mittwoch, den 25. Februar 1931, um 7 Uhr abends Mädchenhandarbeit.

Donnerstag, den 26. Februar 1931, um 7 Uhr abends außerordentliche Vorstandssitzung.

Freitag, den 27. Februar 1931, um 6 Uhr abends Musikprobe.

Samstag, den 28. Februar 1931, um 6 Uhr abends Theater-Deklamationsabend.

Sonntag, den 1. März 1931, um 4 Uhr nachm. Gesangs- und Spielabend.

Vorstandsmitglieder mögen am Donnerstag, den 26. Februar, um 7 Uhr abends, pünktlich zur Vorstandssitzung erscheinen.

Jungen und Mädchen der Arbeiterklasse!

Wenn ihr nun das Bedürfnis empfindet, in unsere Reihen einzutreten, so kommt in unsere Ortsgruppe. Ihr seid bei uns herzlich willkommen. Die Einschreibgebühr beträgt 50 Groschen, der Monatsbeitrag 50 Groschen. Es steht euch frei, alle unsere Veranstaltungen (Vorträge, Gesangsabende, Spielabende, Musikproben usw.) zu besuchen. Vor allem aber seid ihr dann Mitglieder unserer Organisation, das heißt in anderen Worten, Mitstreiter in unserem heiligen Kampfe! Mitgliederaufnahmen finden an allen obenerwähnten Veranstaltungen in Vereinszimmer (Bibliothek), Bielitz, Republikanska 6, statt. **Die Vereinsleitung.**

Lipnik. (A. G. V. Freiheit.) Die diesjährige Generalversammlung findet am Samstag, den 28. Feber, um 6 Uhr abends, bei Englert statt. Alle ausübenden sowie unterstützenden Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Theater und Musik

„Rigoletto".

Oper in 4 Akten von F. M. Piave.
Musik von Guiseppe Verdi.

Als diese Verdi-Oper im Jahre 1851 in Venedig erstmalig aufgeführt wurde, wurde sie von der damaligen Kritik sehr scharf getadelt und zwar besonders wegen der schauerlich-romanartigen Handlung, welche im 4. Akt den Höhepunkt der grauenhaften Verwicklungen bietet. Den Text hat Piave nach dem gleichnamigen Drama von Viktor Hugo bearbeitet und W. Ch. Grunbann ins Deutsche übertragen. Der Inhalt befaßt sich in scharf pointierten Geschehnissen mit dem wüsten Leben und Treiben von Lebemännern und Banditen, unter denen die erschütternde Figur des Hofnarren „Rigoletto", durch seine abgöttische Liebe zur einzigen Tochter, versöhnende und mildernde Momente in das Ganze hineinbringt.

Verdi, der größte Tonmeister Italiens vergangener Zeit, hat eine herrlich-romatitisch-charakteristische Musik dazu geschrieben, einzig schön in dem echt italienischen Kolorit des Rhythmus, der Chöre und weltberühmt durch die Kanzone im 4. Akt „O wie so trügerisch!". Sehr interessant sind auch die nächtlichen Chöre, welche durch Brummstimmen in auf und abquellenden Terzen schauerlich dargestellt werden. Verdi's Rigoletto", vielleicht durch die Schwere der Vertonung, ist zwar nicht so populär, aber gerade darum ein seltenes Wertstück in der Opernliteratur und für jeden Spielplan ein künstlerischer Gewinn.

Wir können erfreulicherweise berichten, daß die Freitag-Aufführung in vollem Maße die Anforderungen des Werkes erfüllt hat. Erich Peter gab sich ehrliche Mühe, das Orchester mit geschickter Hand zum Erfolg zu führen; was auch vollkommen der Fall war. Paul Schlenker's Regie ließ wirklich nichts zu wünschen übrig, und Hermann Haindl hatte mit kunstvoller Hand wundervolle Szenenbilder auf die Bühne gestellt. Kurt Gaebel kann das Verdienst für sich beanspruchen, durch musterhaft klingende Chöre wesentlich zum Gelingen des Ganzen beigetragen zu haben.

Von den Einzelleistungen sei zunächst Max Schneider genannt, dessen Rigoletto in darstellerischer und stimmlicher Hinsicht eine Glanzleistung bot und alle Erwartungen weit übertraf. Dies wiegt umso schwerer, als gerade diese Rolle überaus große Anforderungen an den Künstler stellt. Gustav Terenyi als Herzog, hat seinen guten Tag, er sang klingend und spielte mit dem notwendigen Temperament, die Arie des Uebermuts „O wie so trügerisch" gelang vortrefflich. Elsa Geiswinkler war eine anmutige Gilda. Ihre Koloratur ist zwar zart und fein, aber silbern schön in der Klangfarbe und recht wohl angepaßt, so daß auch diese Besetzung ein Treffer war. Condi Siegmund hatte zwar als Monterone eine kleine Rolle, ließ aber seinen prächtigen Bariton recht schön erstrahlen. Gustav Adolf Knörzer gab den Sparafucile mit der nötigen Grauenhaftigkeit, gesanglich sehr erfreulich. Elisabeth Wanka's Banditenschwester war darstellerisch dem Milieu angepaßt, stimmlich, wie stets, auf bedeutender Höhe. Harry Kreiten's Ceprano sei gleichfalls lobend genannt, alle sonstigen Mitwirkenden waren am rechten Platze und mögen ein Gesamtlob entgegennehmen.

Das Publikum war begeistert von dieser Aufführung und spendete reichen Beifall. Das Haus war ausverkauft. A. K.

Morgenfeier mit zeitgenössischer Musik.

Moderne Musik? — Für viele war es vielleicht ein Schreckmittel, denn man hört viel von moderner Musik, aber sie selbst will man nicht anhören. Für andere, — und dies wird wohl der größere Teil gewesen sein, — war es ein freudiges Ereignis, daß die Deutsche Theatergemeinde eine musikalische Morgenfeier mit modernen Komponisten veranstaltete.

Die neuen Tonkünstler brauchen nicht das große Orchester, sie begnügen sich mit Kammerbesetzung und können uns doch in gedrängter Form ungeheuer viel sagen. Von den ganz modernen war nur Paul Hindemith vertreten. Seine „kanonische Sonatine" hatte die denkbar einfachste Besetzung, zwei Flöten also zwei Instrumente gleichen Klangcharakters, brachten hier seine besondere Kunst zum Ausdruck. Die strenge, einfache Form des Kanons, erleichterte das Hören ganz besonders. Die Herren Wilsch und Holze mußten sich zu einer Wiederholung entschließen. Von dem Franzosen Maurice Raval hörten wir eine „Indroduction" und „Allegro" für Harfe, Flöte, Klarinette und kleines Streichorchester, ein Werk von großem musikalischen Inhalt. Hier konnte Frl. Dora Wagner (Harfe) einen großen Teil des Erfolges für sich buchen. Ihr Soli war hinreißend schön. An dritter Stelle hörten wir die „romantische Terzine", nach Worten von Hermann Hesse für Tenor und Streicher von Professor Fritz Lubrich. Die Teile „Nicht heut", „Ohne Dich" und „Con sordino" sang Herr Gustav Tereny, welcher sich seiner Aufgabe vorzüglich entledigte. Man war sehr erfreut, Herrn Tereny, den man nur von der Oper her kennt, auch beim Konzert kennenzulernen. An vierter und letzter Stelle hörten wir eine „Serenate" für Klarinette, Fagott, Violone, Cello und Trompete des Italieners Cassella in 6 Teilen, ein Werk von lebendiger Frische, in dem alle Instrumente fabelhaft zu Worte kamen.

Die musikalische Leitung lag in Händen von Herrn Kapellmeister Erich Peter, der es in feiner Weise verstand, die kleinen Musiken zu dirigieren. Ihm sei an dieser Stelle besonders Dank gesagt. Herr Professor Fritz Lubrich, der am Anfang des Konzertes einige einleitende und grundlegende Worte über die moderne Musik sprach, hat wohl einen großen Teil dazu beigetragen, daß diese Morgenfeier zustande kam. Der Besuch ließ eigentlich nichts zu wünschen übrig, doch war das Theater noch nicht restlos gefüllt. An dieser Stelle könnte man noch erwähnen, daß der Besuch derartiger Veranstaltungen nicht im Privileg besonderer Kreise ist, sondern eine Angelegenheit der weitesten Schichten. Die niedrigen Preise (0,50—4,00 Zl.) ermöglichen doch einem jeden den Besuch eines solchen Konzertes. Das Experiment ist geglückt, die Deutsche Theatergemeinde ladet hoffentlich recht bald wieder zu einer musikalischen Morgenfeier ein. H. W.

Freigewerkschaftliche Rundschau



Die Arbeitslosigkeit in Frankreich

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Paris, Ende Februar 1931.

Schon während des Krieges begann unaufhaltsam der Zustrom ausländischer Arbeiter nach Frankreich, nach dem Krieg setzte eine wahre Völkerwanderung ein. Gerade von den Ländern, die von der Arbeitslosigkeit am meisten betroffen wurden, begaben sich jedoch am wenigsten Arbeiter nach Frankreich: man findet hier auch heute noch kaum englische oder deutsche Arbeitskräfte. Die meisten kamen aus Polen, der Tschechoslowakei oder aus Italien. So hat Frankreich heute ein Heer von fast zwei Millionen ausländischer Arbeiter. Jetzt sucht es umgekehrt diese baldigst wieder in ihr Heimatland zurückzuschicken. Denn die Arbeitslosigkeit zieht in Frankreich ein, und so werden die Ausländer nicht mehr gebraucht. Sie haben ihre Schuldigkeit getan und können gehen. Während noch im Sommer dieses Jahres kaum tausend Arbeitslose für ganz Frankreich in der offiziellen Statistik eingetragen waren, muß selbst diese jetzt bereits das Dreißigfache zugeben. Aber weit höher als dreißigtausend ist die Zahl der wirklich Arbeitslosen. Die Statistik geht in Frankreich von den Gemeindekassen aus, welche die Arbeitslosenunterstützungen zu bezahlen haben, und von den städtischen Stellungbüros. Aber diese Statistiken sind ganz unzureichend. Von den 37 963 französischen Gemeinden haben Unterstützungen überhaupt nur gerade hundert in den letzten Monaten ausbezahlt. Denn die Arbeiter in Frankreich wenden sich nicht gleich beim Einsetzen der Arbeitslosigkeit an die Unterstützungsbüros, sondern erst im äußersten Notfall. Auch die wenigsten nur gehen zu den Stellungsbüros, weil dies ohnehin fast aussichtslos ist. Jetzt hat sich die Regierung gezwungen gesehen, eine neue Statistik zu beginnen, die von der Bergbau- und von der allgemeinen Arbeitsinspektion monatlich ausgearbeitet wird. Diese war auch bereits dem Genfer Internationalen Arbeitsamt kürzlich vorgelegt worden, ohne daß das Parlament davon Nachricht bekam. Die Regierung gibt dabei zu, daß Frankreich jetzt 350 000 Arbeitslose habe, und daß eine Million von Arbeitern nur noch teilweise beschäftigt werden. Selbst bei dieser Statistik sind nicht die Unternehmungen berücksichtigt, die weniger als 100 Arbeiter haben, und auch die Heimarbeit wurde dabei außer acht gelassen. Frankreich hat 8500 Unternehmungen mit mehr als hundert Arbeitern, und die Statistik ergriff auch von diesen nur 5543. Diese Unternehmungen beschäftigten 1 886 000 Arbeiter vor einem Jahre und beschäftigen heute nur noch 1 807 000.

Der französische Arbeitsminister Landry wies darauf hin, daß man auch bei der Volkszählung des Jahres 1926 in einem Moment, in dem die Industrie überall vollauf zu tun hatte, 200 000 Menschen zählte, die vorübergehend ohne Arbeit waren. Der Unterschied zur heutigen Zeit liegt aber darin, daß damals die betreffenden in Ferien waren, während sie heute arbeitslos sind. Im Budget 1931-32 hatte der Ministerrat gerade 1 500 000 Franken für Arbeitslosenunterstützungen vorgesehen. Diese lächerlich kleine Summe wurde von der Finanzkommission der Kammer auf 20 000 000 Franken erhöht, dann auf 200 Millionen. 20 000 000 würden gerade für einen Monat und zehn Tage reichen. Bei starker Inanspruchnahme der Unterstützungskassen (der Staat zahlt den Departements die Hälfte ihrer Unterstützungen zurück) müssen die Kredite ohnehin automatisch erhöht werden.

Man schlägt nun die Schaffung eines besonderen Unterstaatssekretariats zur Zentralisierung aller die Beschäftigung der Arbeiter angehenden Fragen vor, weiterhin die bereits sehr straff durchgeführte Schließung der Grenzen für die ausländischen Arbeiter, die massenweise Abtransportierung der in Frankreich arbeitenden Ausländer und ihrer Ersetzung durch Franzosen, schließlich die Rückkehr von der Stadt aufs Land. Im Jahre 1911 hatte Frankreich 22 096 000 Landbevölkerung und 1926 nur noch 20 759 000, wobei Elsaß und Lothringen bereits mitgerechnet wurden. Man glaubt, daß etwa 200 000 Industriearbeiter sofort Beschäftigung auf dem Lande finden können. Jetzt beginnt sich auch der durch den Krieg hervorgerufene Ausfall von Geburten bemerkbar zu machen. Tardieu, der Frankreich einen großen Wohlstand als Ministerpräsident versprochen hatte, ist jetzt Landwirtschaftsminister. Seine Aufgabe wird es jetzt sein, den Abmarsch der städtischen Arbeiter aufs Land zu organisieren.

Kurt Lenz.

Der Anteil der Arbeiterschaft an der republikan. Bewegung in Spanien

„L' Atelier", die von L. Jouhaux herausgegebene Monatsschrift, gibt anhand direkter Informationen eine Darstellung der Lage in Spanien und insbesondere der Rolle der spanischen Arbeiterschaft innerhalb der republikanischen Bewegung. Aus diesen Ausführungen ist in erster Linie zu ersehen, daß die republikanische Bewegung bis weit ins Lager der Rechten hineinreicht, ja daß sogar ein guter Teil der Monarchisten gegen den jetzigen König ist.

Die Aufhebung des Standrechtes und die Wahlen für das Parlament (Cortez) können daran nichts ändern. Niemand macht sich über die dadurch geschaffene Lage Illusionen. Was das Atelier schon vor Wochen vorausgesehen hat, ist bereits eingetreten: „Was wird sich in Spanien ereignen, wenn die Mittel des Zwanges ausgeschaltet werden? Werden nicht neue Unruhen neue Ausnahmemaßnahmen nötig machen? In diesem Falle wird eine Volksbefragung wiederum unmöglich werden. Es ist übrigens gar nicht sicher, ob die Aufhebung des Standrechtes und der Zensur genügt, um die demokratischen Elemente zur Teilnahme am Wahlkampfe zu bewegen. Vielleicht würden sie sich darauf eingelassen haben, wenn es sich darum handeln würde, unter allen Garantien eine konstituierende Versammlung zu wählen. Da es sich jedoch nur um die Cortez handelt (die nur in Zusammenarbeit mit dem König, der die Exekutivgewalt hat, beschlußfähig ist, d. R.), so ist es so gut wie sicher, daß sich die Sozialisten und Republikaner von den Wahlen fernhalten und ihre Anstrengungen auf dem Boden fortsetzen werden, auf den sie sich bereits gestellt haben . . . . Der Ausgang dieses Kampfes ist für uns nicht zweifelhaft. Er wird mit der Ausrufung der zweiten Republik sein Ende nehmen. Hoffen wir, daß dies möglichst bald der Fall sein wird. Die gegenwärtige Spannung kann nicht weiter dauern ohne daß sich zu den bereits bestehenden Schwierigkeiten neue gesellen. Sicher werden durch die Proklamation der Republik nicht alle zur Zeit vorhandenen Schwierigkeiten ausgeschaltet, die besonders in einer großen Arbeitslosigkeit in den von der Krise hart getroffenen landwirtschaftlichen Gebieten zum Ausdruck kommen. Das neue Regime ist jedoch das einzige, das einen Wiederaufbau in die Wege leiten kann."

Zum Schluß sei kurz dargelegt, welches die Rolle der Arbeiterschaft bei der republikanischen Aktion des Monats Dezember war: Als die Arbeiterschaft eingeladen wurde, sich der geplanten Bewegung (an der ein großer Teil der Armee aktiv mitzumachen versprochen hatte) anzuschließen, erklärten sich die Sozialistische Partei und der Spanische Gewerkschaftsbund bereit, sich an den Bestrebungen des revolutionären Komitees zu beteiligen. Auf die Aufforderung dieses Komitees hin wurden drei Arbeiterführer bezeichnet, die an der Provisorischen Regierung teilnehmen sollten, wobei letzterer die Aufgabe zugedacht war, das politische Leben Spaniens bis zum Zusammentritt der Konstituante zu leiten. Die Wahl der Exekutive der Sozialistischen Partei fiel auf die drei Kameraden Fernando de los Rios, Indalecio Prieto und F. L. Caballero (Sekretär der spanischen Landeszentrale). Diese Ernennungen wurden von der Mehrheit der Exekutive, die sich für eine Teilnahme an der provisorischen Regierung aussprach, unter der Voraussetzung gutgeheißen, daß sobald als möglich nach der Revolution außerordentliche Kongresse der beiden Körperschaften einberufen und dieses Vorgehen bestätigt werden sollte. Die drei genannten Mitglieder arbeiteten mit den übrigen Mitgliedern der provisorischen Regierung eng zusammen, wobei zunächst einmal ein Aktionsprogramm aufgestellt und ein Manifest an das Volk ausgearbeitet wurde, in dem die Proklamation der Republik und die Ziele der Bewegung dargelegt waren. Bezeichnend ist, daß für die provisorische Regierung, die das Manifest unterzeichnete, keine einzige Militärperson vorgesehen war, selbst nicht im Falle des Ministeriums für Heer und Flotte. Zum ersten Mal in der spanischen Geschichte stand eine politische Bewegung ausschließlich unter der Leitung von Zivilpersonen. Eine große Anzahl von Offizieren und hoher Militärs (darunter verschiedene Generäle) zeigte sich entschlossen, für die Republik oder ein von der Konstituante zu bestimmendes Regime zu kämpfen, gleichzeitig anerkannten sie die Oberherrschaft der zivilen Gewalt.

Der allgemeine Aufstand, der durch das Militär eingeleitet und hierauf durch den Generalstreik unterstützt werden sollte, war auf den 15. Dezember festgelegt. Daß die Garnison in Jaca 3 Tage zu früh in Aktion trat und daß das Vorgehen des Militärs in Madrid sehr zögernd war, sind die unmittelbaren Ursachen des Fehlschlagens der Aktion. Wohl wurde der Losung des Generalstreikes in allen Provinzen Folge geleistet; das Scheitern der großen Bewegung stand jedoch angesichts der oben genannten Faktoren fest. Trotzdem sind die Arbeiter auch heute noch fest entschlossen und überzeugt, daß ein Regierungswechsel der einzige Ausweg ist. Eine soeben abgehaltene Sitzung der Sozialistischen Partei und der Gewerkschaften hat diese Stellungnahme ausdrücklich bestätigt und verlangt, daß in diesem Sinne die Krise sofort zu einem Ende gebracht werden soll. Die Verfassung des Jahres 1873 besteht nicht mehr; sie ist unter Mitschuld des Königs von Primo de Rivera abgeschafft worden, und die republikanische Bewegung wird sich erst zufrieden geben, wenn es in Spanien wieder eine Verfassung und verfassungsmäßige Zustände gibt.

Rumänischer Gewerkschaftskongreß

Auch in Rumänien hat sich seit dem letzten, im Jahre 1926 abgehaltenen Gewerkschaftskongreß vieles geändert. Wie überall, so ist auch in diesem Lande die Wirtschaftslage äußerst schlecht, und das Los der Arbeiterschaft ist um so drückender, als es an einer systematischen Sozialversicherung fehlt und das Unternehmertum nach Möglichkeit versucht, die Rationalisierung auf dem Rücken der verhältnismäßig schwach organisierten Arbeiterschaft durchzuführen. Dazu kommt, daß es auch innerhalb der organisierten Arbeiterschaft in mancher Hinsicht noch an der nötigen Einheitlichkeit fehlt. Auch heute noch befindet sich nahezu die Hälfte der Verbandssitze in Klausenburg, während die Landeszentrale ihren Sitz in Bukarest hat. Wenn auch diese Zweiteilung ihre historischen Hintergründe hat, d. h. eine direkte Folge der durch den Krieg eingetretenen territorialen Neuordnung ist, so ist sie deshalb nicht weniger beschwerlich. Sie muß naturgemäß zur Folge haben, daß nicht nur die Agitationsfähigkeit der Verbände, sondern auch die Tätigkeit der Landeszentrale mehr oder weniger beeinträchtigt wird. Der Gedanke der Konzentration, der auf dem diesjährigen Kongreß Gegenstand lebhafter Debatten war, wurde denn auch als Richtlinie für die Kongresse der Verbände gutgeheißen.

Im übrigen hatte sich der Kongreß vor allem mit sozialpolitischen Fragen bezw. mit den sozialpolitischen Versäumnissen aller seit dem Kriege in Rumänien am Ruder gewesenen Regierungen zu befassen. In einer äußerst scharf gehaltenen Resolution wird die Lage auf diesem Gebiet wie folgt gekennzeichnet: „Der Kongreß stellt fest, daß sich die Wirtschaftskrise dauernd verschärft weil alle Regierungen, die einander seit Beendigung des Krieges ablösten, ganz gewissenlos wirtschafteten. Ihre ganze Wirtschafts- und Staatspolitik stand im Zeichen der Ausbeutung der Arbeiterklasse. Ohne daß sie die allgemeinen Belange wahrnahmen und ohne Aufstellung eines den Interessen des Landes dienenden Wirtschaftsprogrammes, d. h. unter völliger Mißachtung der Interessen der in den Fabriken beschäftigten Arbeiter, der Privat- und Staatsbeamten, der mittellosen Intellektuellen, der Kleingewerbetreibenden und Kleinkaufleute, haben alle diese Regierungen die Schätze des Landes vergeudet. Die heutige katastrophale Wirtschaftslage und Hunderttausende von entlassenen Arbeitern sind das Resultat dieser Politik!"

Der Kongreß forderte deshalb eine systematische Durchführung der in Kraft stehenden Gesetze über den Arbeiterschutz, ferner ihre Verbesserung und die Einführung der gesetzlich verankerten Arbeitslosenversicherung. Er sprach sich zur Linderung der größten Not für die Durchführung öffentlicher Arbeiten und die Herabsetzung der direkten und indirekten Steuern aus. Weitere Forderungen betrafen die Unterbreitung eines Gesetzentwurfes über die Krankenkassenunterstützng, die Unfallversicherng, die Alters- und Invalidenversicherung (wobei es insbesondere darum geht, diese Fürsorgeeinrichtungen zu verallgemeinern und zu ergänzen).

Der bisherige Ausschuß der rumänischen Gewerkschaftszentrale (die 13 Landesverbände mit 252 Ortsgruppen und 36 609 Mitgliedern umfaßt) wurde wiedergewählt, desgleichen der Vorsitzende Gen. Flueras und der Sekretär Gen. Mirescu. Als Vertreter des J. G. B. wohnte sein Vorstandsmitglied Tayerle dem Kongreß bei.

Spaniens Tanz auf dem Vulkan





Links: Madrid feierte seinen Karneval mit dem gewohnten Festzuge. — Rechts: während feldmarschmäßig ausgerüstete Truppen den Königspalast vor revolutionären Ueberraschungen schützten.

Vier Frauen und ein Mord

Das Geheimnis um Leben und Schuld des Pianisten Arthur Rouse.

Vom Schwurgericht Northampton (England) wurde der Pianist Rouse wegen Mordes zum Tode verurteilt. Die Frage, ob schuldig oder unschuldig, wird ewig ungeklärt bleiben.

Langsam und schwer sagt der Obmann: „Schuldig!“ Die Stille des Todes legt sich über den Saal. Der Präsident setzt eine schwarze Mütze über seine schneeweiße Perücke, zitternd schreibt er das Wort „schuldig“ unter die Akten, dann sieht er zu dem Angeklagten, der nach englischer Sitte mitten im Saal auf einer hohen umgitterten Ballustrade sitzt und redet ihn an: „Sie sind des Verbrechens schuldig befunden, für das das Gesetz nur ein einziges U[illegible]il kennt, und das ich jetzt über Sie verhänge. Sie werden zu einer Stätte gesetzlicher Hinrichtung geführt, damit Sie dort am Halse aufgehängt werden, bis Sie tot sind.: „Amen!“ sagt der Geistliche....

„Ich bin unschuldig!“

Oben, auf der Anklagebank, steht Alfred Rouse, der Verurteilte, bleich und steif. Ein Wärter klopft ihm auf die Schulter, um ihn aus der Erstarrung zu wecken. Langsam kommt Rouse zu sich und sagt tonlos: „Ich bin unschuldig!“ Unten im Saal aber die gellenden Schreie dreier Frauen, die in ihren Stühlen zusammenbrechen.

Eine halbe Stunde später ist London überschwemmt mit Sonderausgaben der Abendblätter. Die Menschen stauen sich um die Verkäufer und können das Urteil nicht fassen. Aber am nächsten Morgen ist die Stimmung vollkommen umgeschlagen, denn die Zeitungen veröffentlichen einen seitenlangen Bericht über das Vorleben des Verurteilten. Während des Prozesses und so lange das Verfahren schwebt, verbietet das englische Gesetz jeglichen Pressekommentar zu den Verhandlungen und nicht mal eine Vorstrafe des Angeklagten darf im Gerichtssaal verlesen werden. Als völlig unbescholtener Mensch steht er auf der Anklagebank und erst vor der Urteilsfindung wird sein Vorleben den Richtern überreicht.

Der Tod des Fremden

Alfred Arthur Rouse ist 36 Jahre, ein ausgezeichneter Sänger und Pianist, von hohem Wuchs und gutem Aeußeren. In der Nacht vom 5. zum 6. November 1930 fährt er in seinem Auto von London nach Leicester. Ein Fußgänger winkt mit der Hand, Rouse stoppt, der Mann bittet um Mitfahrt, Rouse nimmt ihn auf und setzt ihn neben sich. Sie fahren und fahren, durch die Nacht, durch die Dörfer, verfehlen die Hauptstraße, sind auf einem Seitenweg, und Rouse hält, um seine Notdurft zu verrichten. Da fällt ihm ein, der Mann kann in der Zwischenzeit Benzin auffüllen. Rouse reicht ihm also die Benzinkanne und geht ins Gebüsch. Plötzlich Feuerschein; der ganze Wagen steht in hellen Flammen. Rouse rennt hin, der Fremde sitzt immer noch im Wagen, vor Hitze ist nicht heranzukommen. Rouse will zum nahen Dorf eilen, gibt den Plan jedoch auf, läuft in der Richtung nach London, stößt einige hundert Meter vom brennenden Wagen entfernt auf zwei junge Leute, die ihn auf das Feuer aufmerksam machen. Rouse sagt gleichgültige Worte und geht weiter, hält später auf der Hauptstraße ein Auto an, das ihn nach London bringt, bleibt einen Tag in der Gesellschaft eines Mädchens, fährt dann nach Wales zu seiner Braut. Allen Bekannten erzählt er, sein Wagen sei ihm gestohlen worden, bis die Zeitungen Bilder von dem auf der Landstraße ausgebrannten Auto veröffentlichten, deutlich ist die Wagennummer erkennbar. In dem Wagen liegt, vornübergebeugt, die verkohlte Leiche des Fremden. Rouse wird verhaftet und des Mordes angeklagt.

Acht Tage währt der Prozeß. Alle Zeugenvernehmungen, alle Gutachten der Sachverständigen sprechen zugunsten des Angeklagten. Niemand hat die Tat gesehen, niemand kennt den Toten, nicht einmal Rouse, für den selbst die Indizien sprechen. Gewiß, es gibt Verdachtsmomente genug, aber nicht mehr! Es steht gut um Rouse! Er und alle Welt sind des Freispruches gewiß. Er lächelt, als die Geschworenen nach zehn Minuten Beratung zurückkommen und — vernimmt zwei Minuten später, daß er gehängt wird...

Wie aber der plötzliche Stimmungsumschwung in der Oeffentlichkeit?

Don Juans Liebesleben

1914 heiratete Don Juan seine Frau. Bis diese Frau 1919 entdeckt, daß der abgöttisch geliebte und verehrte Gatte ein Verhältnis mit einem Dienstmädchen Helen Campbell unterhält. Sie versteht zwar nicht, aber sie verzeiht. Auch als Helen ein Kind bekommt, das nach fünf Wochen stirbt. Folgen eines Flirt, sagt Rouse. In Wahrheit hat er lange vorher Helen geheiratet, bürgerlich und kirchlich. Ein Jahr später bekommt Helen ihr zweites Kind, einen Jungen. Abwechselnd lebt Rouse bei seiner ersten und bei seiner zweiten Frau. Dritte Frau: Nelli Tucker, ein Ladenmädchen. Wiederum standesamtliche Heirat. Wiederum zwei Kinder. Wenn nach langer Zeit eine der Gattinnen Bilder- und Photos von den anderen findet oder das Paar gar im Kino sichtet, handelt sich es nach Rouse immer nur um einen Flirt. Eifersuchtsszenen: aber Rouse siegt immer wieder. Eine hübsche junge Krankenschwester ist die Vierte. Doch vor der „Ehe“ kommt es zur Katastrophe...

Das ist das Vorleben.

Die die Treue halten

Drei Frauen sitzen unten auf den Zeugenbänken, verzehren sich in Angst um den Geliebten, lächeln ihm während den ganzen Verhandlungen ermutigend zu, reichen ihm Stärkungspulver. Als das Urteil gesprochen, brechen die drei Frauen schreiend zusammen, und aus der Ohnmacht erwacht rufen sie: „Alfred ist unschulid, ich verzeihe ihm alles, ich liebe ihn so unendlich!“

Vom Gefängnis aus sendet Rouse Briefe und Telegramme an die Unglücklichen und selbst Ivy Jenkins, die vor Gram und Kummer krank zuHause liegt, selbst sie weint nicht um ihr eigenes Schicksal, sie schlucht nur um den Geliebten.

Das Geheimnis bleibt...

Hunderte von Briefen und Telegrammen hatten die Geschworenen erhalten, freiwillige Sachverständige hatten sich gemeldet, alles und alle für den Freispruch von Rouse. Daß er aber vier Frauen zu gleicher Zeit besaß, daß er sie alle und die Behörden dazu jahrelang in der geschicktesten Weise betrügen und hinter das Licht führen konnte, das dreht ihm jetzt den Strick, obwohl selbst die Indizien für ihn zeugten. Wirksam nur das dem Verurteilten unterschobene Motiv: Er wußte nicht mehr, woher das Geld für den Harem aufzubringen war, die Wellen drohten ihm über den Kopf zusammenzuschlagen, er wollte zu einem neuen Leben, und dazu sollte der alte Alfred Arthur Rouse verschwinden und in Flammen aufgehen. Ein lebender Leichnam wollte er sein, und brauchte dazu einen echten, wirklichen. In seinem Auto mußte der alte Rouse verschwinden, und wie ein Phönix aus der Asche wäre der neue erstanden. Die verkohlte Leiche des Handwerksburschen hätte als Alfred Rouse gelten sollen und alles war gut! Das die Ueberzeugung der Geschworenen.

Nie hat ein Kriminalroman einen solchen Fall erdacht, nie ist ein Todesurteil so schwach fundiert worden, nie kann ein Mord geheimnisvoller und weniger geklärt sein. Ist Rouse wirklich ein Mörder? Niemand weiß es.



Deutschlands künstlerischer Vertreter in Genf

im ständigen Literatur- und Kunstausschuß des Völkerbundes wird Thomas Mann, der Dichter der „Buddenbrooks“ und des „Zauberberg“, sein.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 408,7

Dienstag. 12.10: Mittagskonzert. 15: Vorträge. 16.10: Kinderstunde. 16.25: Schallplatten. 17.15: Vortrag. 17.45: Volkstümliches Sinfoniekonzert. 18.45: Vorträge. 19,50: Uebertragung der Oper „Faust“

Warschau — Welle 1411,8

Dienstag. 12,10: Mittagskonzert. 15.35: Vorträge. 17.45: Sinfoniekonzert. 18,45: Vorträge. 19,50: Uebertragung der Oper „Faust“.

Gleiwitz Welle 259. Breslau Welle 325.

11,15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse.
11,35: 1. Schallplattenkonzert und Reklamedienst.
12,35: Wetter.
12,55: Zeitzeichen.
13,35: Zeit, Wetter, Börse, Presse.
13,50: Zweites Schallplattenkonzert.
15,20: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht. Börse, Presse.

Dienstag, den 24. Februar. 12.35: Was der Landwirt wissen muß. 15.35: Kinderfunk. 16.00: Unterhaltungskonzert. 16.30: Das Buch des Tages: Lebensdeutung. 16.45: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle. 17.15: Zweiter landw. Preisbericht; anschließend: Stunde der Naturwissenschaften. 17.35: „Fragen der Kinderfürsorge“. 18.05: Stunde der werktätigen Frau. 18.30: Psychoanalytische Weltanschauung? 19.00: Wettervorhersage; anschließend: Hans Reimann stellt Humoristen auf Schallplatten vor. 19.30: Abendmusik. 20.00: Wettervorhersage; anschließend: Stunde der Arbeit. 20.30: Heiterer Abend. Anschließend: Solistenkonzert. 22.00: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22.15: Aus Berlin: Politische Zeitungsschau. 22.40: Aufführungen der Breslauer Oper. 22.55: Mitteilungen des Verbandes Schlesischer Rundfunkhörer e. V. 23.00: Morsekursus für Kurzwellenamateure. 23.15: Funkstille.

Mitteilungen

des Bundes für Arbeiterbildung

Vortragsfolge des Bundes für Arb.-Bildung in Schwientochlowitz.

8. Vortrag am 24. Februar 1931, Lehrer Boidol: Der polnische Jura. Von Ojcow b. Czenstochau.

Kattowitz. Am Dienstag, den 24. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im Saale des Zentralhotels, ein interessanter Lichtbildervortrag statt. Referent: Lehrer Boidol.

Königshütte. Der Vortrag am Mittwoch, den 25. d. Mts., fällt aus. Nächster Vortragsabend am 4. März.

Bismarckhütte. Am Montag, den 23. Februar 1931, abends um 7 Uhr, findet im Lokale des Herrn Brzezina ein Lichtbildervortrag über das 1. Sängerbundesfest in Hannover statt.

Versammlungskalender

Bismarckhütte. (Ortskartell.) Sonntag, den 1. März, vorm. 10 Uhr, im Betriebsratbüro wichtige Sitzung.

Kattowitz (Monatsplan der S. J. P.).

Montag, den 23. Februar 1931: Gesangsstunde.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Montag, den 23. Februar 1931: Gesangstunde.

Freie Sportvereine.

Königshütte. (Naturfreunde.) Dienstag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshause Vorstandssitzung.

Verantwortlicher Redakteur in Vertretung: Max Bonzoll, Katowice, ul. Kościuszki 29; für den Inseratenteil: Franz Rohner, wohnhaft in Katowice. Verlag und Druck „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, ulica Kościuszki 29.